

P R O T O K O L L
der 461. Sitzung des Parlaments

Datum	Dienstag, 19. Mai 2026
Zeit	19.30–22.05 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Grossen Gaby
Mitglieder	Althaus Stämpfli Annette, Anliker Sophia, Arnold Luc, Balmer Thomas, Beck Hanna (ab 20.15 Uhr), Bless Adrian, Buff Ronald, Engel Carmen, Fankhauser Suzanne, Gashi Hilmi, Grütter K. Urs, Held Lorenz, Kaczala Gregor, Kearns Francine, Koelbing Martin, Lauper Reto, Legler Bettina, Legler Vanessa (ab 19.35 Uhr), Lucas Christoph, Mäder Renate, Messerli Patricia, Müller Kearns Alan, Perler Sandra, Racine Raphaël, Reich Julien, Sager Manuel, Schenk Johanna, Siebenrock-Häberli Charlotte, Soder Rolf, Weibel Raphael, Zaccaria Angelo, Zurlinden Noémie, Zwahlen Michèle
Stimmenzählende	Matter Andreas, Grossenbacher Franziska
Vertreter des Gemeinderats	Köbeli Jan, Gemeindepräsident Bircher Laura, Grubwinkler Christa, Häuselmann Bernhard, Klopstein Carole, Siegenthaler Muinde Gabriele
Sekretariat	Schönholzer Katja, Gemeindeschreiberin ad int.
Zusätzlich anwesend	Portmann Alain, Leiter Abteilung Bildung (Trakt. 2–3) Friederich Ueli, Jurist (Trakt. 2–3) Balmer Sascha, Finanzverwalter (Trakt. 4) Ulmi Nicole, Projektleiterin Hochbau (Trakt. 5)
Entschuldigt abwesend	Parlament: Eggli Caterina, Eugster Simon, Liechti Erika, Scherrer Annette GR: Bärtschi Markus
Protokoll	Schweizer Corinne

Traktanden

1.	Protokoll der Sitzung vom 24. März 2026	340
2.	Teilrevision Schulreglement	340
3.	Teilrevision Tagesschulreglement	343
4.	Jahresrechnung 2025 der Gemeinde Muri bei Bern	343
5.	Bärtschihus; Instandsetzungsmassnahmen 2026–2029; Verpflichtungskredit	354
6.	Motion Racine (SP), Grossenbacher (Grüne), Soder (FDP): Mehr Verkehrssicherheit durch semimobile Radargeräte	357
7.	Motion Grüne, SP, forum: Schulwege auf Sicherheit prüfen	367
8.	Informationen des Gemeinderats und der parlamentarischen Kommissionen	369
9.	Neue parlamentarische Vorstösse (siehe Anhang)	370

Die Vorsitzende: Ich begrüsse alle anwesenden Parlamentsmitglieder, den Gemeindepräsidenten, die Mitglieder des Gemeinderats, die Vertretungen aus der Verwaltung, die Presse und unsere Gäste zur 461. Sitzung des Parlaments von Muri-Gümligen. Gemeinderat Markus Bärtschi ist heute abwesend und wird bei Traktandum 6 und Traktandum 7 durch Gabriele Siegenthaler Muinde vertreten. Hanna Beck trifft heute verspätet ein, weil zeitgleich eine Elterninformation an der Schule zu Kindern im digitalen Zeitalter stattfindet. Momentan sind 34 Ratsmitglieder anwesend, und wir sind somit beschlussfähig. Auskunftspersonen seitens der Verwaltung: Zu Traktandum 2 und Traktandum 3 Alain Portmann, Abteilungsleiter Bildung, der ebenfalls etwas verspätet eintreffen wird, weil er eine Einführung zu einem Anlass im Mattenhofsaal machen muss, die gleichzeitig beginnt. Zu Traktandum 4 ist Sascha Balmer, Finanzverwalter, anwesend. Zudem begrüsse ich Ueli Friederich, unseren – in Anführungszeichen – Hausjuristen. Ebenfalls treffen zwei Personen bei den Gästen verspätet ein: Friederike Ramseier und Renate Krauss von der «IG Sichere Wege Muri-Gümligen».

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1. Protokoll der Sitzung vom 24. März 2026

Das Protokoll wird stillschweigend genehmigt.

2. Teilrevision Schulreglement

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Zur Auskunftserteilung wird, wie gesagt, etwas später noch Alain Portmann eintreffen. Seitens des Gemeinderats liegt ein Antrag vor.

Martin Koelbing (für die GPK): Die GPK hat das Reglement geprüft und hat festgestellt, dass es in sich kohärent ist, dass es allen gesetzlichen Rahmenbedingungen entspricht und dass es auch die nötigen Veränderungen aufnimmt, die es braucht, damit Alain Portmann eine sichere gesetzliche Grundlage hat, hauptsächlich um in dieser neuen Schulstruktur auch wirken zu können. Wir empfehlen euch deshalb Eintreten und danken Gemeinderätin Christa Grubwinkler und ihrem Team herzlich für die sorgfältige und solide Arbeit.

Christa Grubwinkler (Gemeinderätin): Martin Koelbing hat es bereits gesagt. Wir versuchen oder wollen mit der Anpassung der beiden Reglemente die Arbeit von Alain Portmann legalisieren. Eigentlich müsste ich noch sehr viele Dinge tun, weil diese beiden Reglemente eben noch nicht abgeändert wurden. Deshalb bitte ich euch auch, den beiden Reglementen – ich spreche jetzt gleich zu beiden, damit ich danach nicht mehr aufstehen muss – zuzustimmen. Uns ist beim Reglement zum Tagesschulleiter noch ein kleiner Fehler unterlaufen, und zwar haben wir anstelle von Bildungskommission noch zweimal Schulkommission drin. Das ist auch etwas, das wir in den beiden Reglementen anpassen wollten, sodass wir heute nicht mehr

von der Schulkommission, sondern von der Bildungskommission sprechen. Was wir an den beiden Reglementen auch geändert haben, ist, dass wir Streichungen von Artikeln vornahmen, die nicht mehr den heutigen gesetzlichen Gegebenheiten entsprechen. Wenn ihr noch Fragen zum Inhalt habt, ist, wie gesagt, Ueli Friederich da, der euch Auskunft erteilen kann – und jetzt trifft gerade auch mein Abteilungsleiter ein. Ich stelle euch einfach noch den Antrag, dass wir die Änderung von Schulkommission zu Bildungskommission im Tagesschulreglement ebenfalls vornehmen würden. Merci vielmals.

Die Vorsitzende: Ich begrüsse Alain Portmann an unserer Sitzung.

Eintreten wird nicht bestritten. Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Angelo Zaccaria (SP): Ich nehme vorweg, dass ich nicht als Landprediger auftrete. Man hat mir vorhin gesagt, ich trage eine Priesterkluft. Es wäre klar Lagerfeld, soviel möchte ich klarstellen.

Ich möchte mich zuerst im Namen der SP-Fraktion bei den zuständigen Stellen für die Teilrevision der beiden Schulreglemente herzlich bedanken. Ich werde zu beiden sprechen. Viele dieser Anpassungen sind aus unserer Sicht sinnvoll und nachvollziehbar. Besonders die Aktualisierung in Bezug auf die Schulorganisation, die Anpassungen an das kantonale Recht und verschiedene begriffliche Präzisierungen tragen eindeutig zu mehr Klarheit bei und sind schlicht notwendig. So hat der Gemeinderat in der Botschaft eben auch eine gewisse zeitliche Dringlichkeit betont.

Die SP-Fraktion wird deshalb auf jeden Fall zustimmen, auch wenn diese Anpassungen, zum Beispiel des Kommissionsreglements, in absehbarer Zeit sicher wieder zu weiteren Revisionen führen werden und wir bald wieder eine Teilrevision werden prüfen müssen. Es würde sich vielleicht sogar mittelbar eine Totalrevision anbieten.

Wir stimmen also zu, ja. Und trotzdem möchte ich im Namen der SP-Fraktion jetzt ein paar kritische Punkte ansprechen. Und zwar geht es um die Qualität der redaktionellen Aufbereitung der Unterlagen. In den Dokumenten findet man, wie ihr sicher alle festgestellt habt, zahlreiche Rechtschreib-, Grammatik- und Redaktionsfehler, Vertipper, Kasusverschiebungen, Buchstabenapokopen, Kohärenzunstimmigkeiten. Da ist alles dabei. Und dies, obwohl wir die Texte – Martin hat es bereits betont – zumindest fraktionsintern in einer Vorphase parlamentarisch schon einmal durchexerziert haben. Dies zu bemängeln, ist vielleicht auf den ersten Blick kleinlich. Es mag so erscheinen, das ist so. Aber wenn man es sich genau anschaut, geht es schon etwas tiefer, und es lohnt sich, das auch zu kritisieren.

Wir haben drei Punkte herausgearbeitet, die uns stören. Einerseits ist es das Milizprinzip, das hier ein Problem ist. Es ist sicher nicht die Aufgabe des Gemeinderats oder hier in diesem Fall von einzelnen Gemeinderäten, und es kann auch nicht die Aufgabe der Bildungskommission sein und sicher auch nicht die Aufgabe des Parlaments, als Milizbehörden die Vorlagen nebst der strategischen Ausrichtung auch noch redaktionell bearbeiten und kritisieren zu müssen. Die Verwaltung oder in diesem Fall eben auch Externe, angestellt über ein Anwaltsbüro, müssen uns publikationsreife, ausgereifte Unterlagen vorlegen. Dafür werden sie bezahlt.

Dabei geht es zweitens eben auch um die Rechtssicherheit. Das hier sind keine Flyer oder irgendwelche solchen Dinge, die uns vorgelegt werden. Sondern es sind

rechtsetzende Erlasse, und bei diesen dürfen wir erwarten, dass sie einwandfrei vorbereitet und vorgelegt werden.

Dann geht es uns hier auch, und das ist uns besonders wichtig, um die Glaubwürdigkeit und Vorbildlichkeit. Die Reglemente lesen nicht nur wir. Sondern es lesen sie die Lehrerschaft, die Eltern, die Medien, vielleicht sogar Schülerinnen und Schüler. Und gerade in bildungspolitischen Debatten betonen wir ja immer wieder, wie wichtig die Sorgfalt und vor allem die Sprachkompetenz sind, besonders bei Kindern und Familien mit Migrationsgeschichte. Deshalb sollten wir als Behörde selbst den Anspruch haben, wirklich präzise und sorgfältig aufbereitete Unterlagen vorzulegen. Wir denken, es ist ein systemisches Problem, und wollen niemandem den schwarzen Peter zuschieben. Deshalb fordern wir die Gemeindeverwaltung auf, in Zukunft die Prozesse zu überarbeiten, um die Qualitätssicherung sicherzustellen und das Gegenlesen, das Vieraugenprinzip, zu gewährleisten.

Das war jetzt sehr böse, was mir schwerfällt. Aber es war wichtig, dies zu sagen. Merci.

Patricia Messerli (forum): Ich halte hier das Fraktionsvotum. Ich trage zwei Hüte und bin Mitglied der Schulkommission respektive der neuen Bildungskommission, aber dies hier ist das Fraktionsvotum, und es ist auch gleich das Votum zu Traktandum 2 und Traktandum 3. Das heisst, ich komme für das Tagesschulreglement nicht noch einmal nach vorne.

Man kann hier sagen, hier gilt das Motto: Was lange währt, wird endlich gut. Eigentlich ging es bei der Revision des Schulreglements nur darum, die neu geschaffene Funktion der Abteilungsleitung Bildung abzubilden. Gleichzeitig wurde, und das ist auch gut so, die Gelegenheit genutzt, punktuell ein paar weitere Anpassungen vorzunehmen. Unsere Fraktion hatte aber den Eindruck, dass diese Anpassung des Reglements ziemlich Zeit in Anspruch nahm, ist Alain Portmann doch seit dem 1. September 2023, das heisst, schon fast drei Jahre, im Amt. Man hatte das Gefühl, es wäre eigentlich auch gut gewesen, man hätte sich vielleicht zu Beginn dazu entschlossen, das ganze Reglement einer Modernisierung, sprich einer Totalrevision, zu unterziehen, da uns gewisse Artikel auch heute noch etwas überholt scheinen. Aber es ist so, wahrscheinlich steht die nächste Teil- oder Totalrevision dieses Schulreglements schon wieder in den Startlöchern, und ich denke, dann kann oder muss man die Gelegenheit nutzen, dass man es allenfalls eben auch in einer Vernehmlassung den Parteien gibt, damit sie sich dazu äussern können.

Zum Tagesschulreglement haben wir keine Bemerkung, ausser den Hinweis, dass wir uns wünschen, dass die Motion, die an der letzten Sitzung überwiesen wurde, die ein kostenloses Betreuungsangebot bei Unterrichtsausfall vorsieht, möglichst bald, sprich auf das Schuljahr 2027/2028 umgesetzt wird. Von dem her ist da wahrscheinlich auch schon die nächste Teilrevision in den Startlöchern.

Wir danken der Verwaltung für diese Arbeiten und werden beiden Geschäften zustimmen. Merci.

Detailberatung: Keine Wortmeldung; Martin Koelbing verzichtet auf ein Schlusswort für die GPK; Christa Grubwinkler (Gemeinderätin) verzichtet ebenfalls auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (35 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Die Änderungen des Reglements vom 17. Juni 2014 über das Schulwesen und die Organisation der Volksschule (Schulreglement) mit

- Änderungen in Art. 2–3, Art. 5–8, Art. 14–15, Art. 19, Art. 21–25, Art. 27–30, Art. 32–36, Art. 39–40
- Aufhebung von Art. 12–13, Art. 14 Abs. 2, Art. 17, Art. 31, Art. 37–38
- neu Art. 40a

werden beschlossen und per 1. August 2026 in Kraft gesetzt.

3. Teilrevision Tagesschulreglement

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen auch hierzu schriftlich vor. Zur Auskunftserteilung ist Alain Portmann anwesend. Seitens des Gemeinderats liegt ein Antrag vor.

Martin Koelbing (für die GPK): Die GPK hat auch dieses Reglement geprüft und kam zum Schluss: Es entspricht den gesetzlichen Erfordernissen, es hält das fest, was dem jetzigen Weiterentwicklungsschritt der Schule angemessen ist, und es ist beschlussreif. Die GPK dankt der Gemeinderätin und ihrem Team für diese Arbeit und wünscht diesem Reglement jetzt schon eine gute Reise. Wir empfehlen euch Eintreten.

Christa Grubwinkler (Gemeinderätin) verzichtet auf das Wort. Eintreten wird nicht bestritten. Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende: Patricia hat sich bereits beim vorhergehenden Traktandum hierzu geäussert.

Keine weiteren Fraktionserklärungen oder Wortmeldungen; Martin Koelbing verzichtet auf ein Schlusswort für die GPK; Christa Grubwinkler (Gemeinderätin) verzichtet ebenfalls auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (35 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Die Änderungen des Tagesschulreglements vom 26. März 2019 mit
– Änderungen in Art. 5, Art. 7, Art. 9–10, Art. 12
werden beschlossen und per 1. August 2026 in Kraft gesetzt.

4. Jahresrechnung 2025 der Gemeinde Muri bei Bern

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Zur Auskunftserteilung ist Finanzverwalter Sascha Balmer anwesend.

K. Urs Grütter (für die GPK): Die GPK hat von der vorgelegten Jahresrechnung Kenntnis genommen. Sie erachtet diese Berichterstattung als wie gewohnt ausführlich, aussagekräftig und damit gut vorbereitet für eine Beschlussfassung im Parlament.

Ein kleiner Schönheitsfehler, und das geht in dasselbe Kapitel, das Angelo Zaccaria vorhin angesprochen hat, ist die fehlende Seitennummerierung in den Unterlagen, die man uns abgegeben hat. Das erschwert natürlich die Referenzierung, wenn man nachher in der Diskussion auf etwas Bezug nehmen will. Wir gehen gerne davon aus, dass die Rechnung nächstes Jahr wieder in üblicher und auch formell vollständiger Form hergestellt werden kann. Trotzdem besten Dank an die Finanzverwaltung für die Aufbereitung der Unterlagen.

Jan Köbeli (Gemeindepräsident): Das mit den Seitenzahlen wurde uns von der GPK auch zur Kenntnis gebracht und fiel auch auf. Wir haben es intern überprüft, nicht wahr, Sascha? Sie waren bei der Herstellung noch im Dokument und wurden tatsächlich beim effektiven Druck gewissermassen vom Drucker nicht mitgedruckt. Das hat niemand bemerkt. Wir bitten, dies zu entschuldigen. Wir werden nächstes

Jahr die Seitenzahlen redaktionell etwas weiter nach oben schieben, damit der Drucker sie dann auch erfassen kann.

Der Gemeinderat darf euch vorliegend die Jahresrechnung 2025 präsentieren – viel Papier, viele Zahlen. Ich möchte gerne kurz das Wichtigste herausstreichen. Vor der Einlage in die finanzpolitische Reserve beträgt der Überschuss rund CHF 7,9 Mio. Budgetiert war ein Aufwandüberschuss in Höhe von rund CHF 1,8 Mio. Somit beträgt die Abweichung zum Budget rund CHF 9,6 Mio. Höhere Steuereinnahmen als erwartet führen zu diesem guten Ergebnis. Insgesamt flossen der Gemeinde CHF 9,6 Mio. mehr Steuergelder zu als budgetiert.

Wie schon in der Vergangenheit in diesem Rat oft diskutiert, ist die Berechnung der Steuereinnahmen eine sehr grosse Herausforderung. Dies hängt mit der Struktur unserer Steuerzahlenden, teilweise doch auch sehr guten Steuerzahlenden, zusammen. Dies ist euch ja auch bereits allgemein bekannt.

Ebenfalls konnte die Gemeinde Buchgewinne aus Landverkäufen realisieren. So kamen CHF 2,6 Mio., die nicht budgetiert waren. Diese Buchgewinne sind allerdings einmalig und somit nicht nachhaltig. Ohne diese Landverkäufe wäre der Überschuss bei – in Anführungszeichen – nur CHF 5,2 Mio. gewesen.

Ich erinnere daran, dass trotz dieses guten Ergebnisses unsere Schulden um rund CHF 6 Mio. anstiegen. Sie betragen per Ende 2025 CHF 55 Mio. Weshalb steigen die Schulden an, obwohl wir einen Überschuss von rund CHF 7,9 Mio. ausweisen? Es hat damit zu tun, dass wir Investitionen, also beispielsweise Schulhaussanierungen, nicht in der Jahresrechnung miteinrechnen dürfen. Das ist eine kantonale Vorgabe. Erlaubt mir ein kleines Rechnungsspiel: Hätten wir die Investitionen in der Jahresrechnung eingerechnet, hätten wir im Jahr 2025 ein Defizit von CHF 11 Mio.

Weiter darf ich euch mitteilen, dass der Realisierungsgrad der Investitionen deutlich gesteigert werden konnte. Er betrug im Jahr 2024 noch 65 Prozent, und wir konnten ihn per Ende 2025 auf 93 Prozent steigern. Unsere Investitionen betrugen im Jahr 2025 rund CHF 19 Mio., wodurch der Investitionsstau weiter abgebaut werden konnte.

Zusammenfassend: Eine Jahresrechnung mit Steuereinnahmen über den Erwartungen, aber auch eine Jahresrechnung mit Rekordinvestitionen und daraus resultierenden neuen Schulden. Die Finanzkommission und die Revisionsstelle empfehlen euch, die Jahresrechnung zu genehmigen. Ich danke für eure Aufmerksamkeit.

Die Vorsitzende: Gemäss Geschäftsordnung ist das Eintreten obligatorisch. Trotzdem die Frage: Wird das Eintreten allenfalls dennoch bestritten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich möchte kurz darauf hinweisen, dass die Behandlung des Geschäfts Jahresrechnung 2025 keine Budgetdebatte ist. Die Budgetdebatte werden wir in der zweiten Jahreshälfte führen. Wir werden zuerst die Jahresrechnung als Gesamtes beraten, bevor wir auf einzelne Kapitel eingehen werden.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

K. Urs Grütter (SVP): Gabi, vorab eine Frage zur Strukturierung der nachfolgenden Debatte. Es ist so, dass die Gesamtrechnung von uns aus gesehen zwei wesentliche Punkte hat, auf die wir zurückkommen wollen. Der zweite ist die Nachkreditliste. Wenn sie für sich behandelt wird, spare ich mir hier bei dieser Debatte Bemerkungen dazu und würde mich nur einmal kurz zum

Steueraufkommen äussern. Frage: Wie willst du es strukturieren? Sonst kann ich auch alles auf einmal von mir geben.

Die Vorsitzende: Ich denke, das ist die bessere Variante. Ich werde die einzelnen Kapitel aufrufen, sodass man sich später nochmals einbringen kann. Aber ich denke, es macht mehr Sinn, wenn du jetzt alles bringst. Danke.

K. Urs Grütter (SVP): Gut, merci. Also, uns fielen zwei Dinge auf. Wir haben einmal ein gewisses Steueraufkommen. Ich beziehe mich hier auf S. 12, Ziffer 2.1. Der Steuerertrag der natürlichen Personen beträgt CHF 47 Mio., bei den juristischen Personen sind es CHF 8 Mio., total CHF 55 Mio. Dividiert durch unsere Anlage von 1.14 ergibt das einen Steuerzehntel von CHF 4,8 Mio. für das Jahr 2025. Auf S. 16 sehen wir dann in der Bilanz ein Eigenkapital von CHF 98,7 Mio., und wenn wir davon die Verpflichtungen gegenüber den Spezialfinanzierungen abziehen, bleiben CHF 96 Mio. offenes Eigenkapital. Das sind 20 Steuerzehntel. Mit anderen Worten: Muri könnte zwei Jahre lang auf das Erheben von Steuern verzichten. Und dabei sprechen wir noch nicht von Auflösung von stillen Reserven auf diesen CHF 62 Mio. Sachanlagen im Finanzvermögen. Merke: Finanzvermögen, nicht Verwaltungsvermögen. Dies nur zur Struktur dieser Rechnung. Weil man diese Punkte beim Betrachten der Rechnung eigentlich sehr oft vernachlässigt. Ich führe hier keine Budgetdebatte. Keine Angst. Aber ich lege hier quasi die Grundlage für die Budgetdebatte.

Wenn wir jetzt nur CHF 53 Mio. Eigenkapital nehmen, das ist die Zahl, die der Gemeinderat in Ziffer 1.5 auf S. 12 (recte: S. 11) als Eigenkapital aufführt, dann entspricht es ziemlich genau 11 Steuerzehnteln oder mehr oder weniger einem Jahressteueraufkommen oder knapp dem Vierfachen des Eckwerts von 3 Steuerzehnteln Eigenkapital.

Wenn man die Steueranlage auf 1.0 heruntersetzen würde – jetzt mache ich eben einen Flash aufs Budget –, dann würde uns das 1.4 Steuerzehntel pro Jahr kosten, und damit würden die überflüssigen 8 Steuerzehntel in fünf bis sechs Jahren abgebaut, ohne dass wir irgendwo in die stillen Reserven, in die noch stilleren Reserven oder ins Eingemachte reingehen. So viel zur Situation Eigenkapitalreserve im Verhältnis zu den Steueranlagen.

Als Fazit kann man jetzt sagen, Muri nimmt seinen Einwohnern massiv Steuern ab, die nicht nötig sind. Kein Wunder, wandern gute Steuerzahler ab. Die Gemeinde Muri ist bekanntlich die einzige Schweizer Gemeinde, die in den letzten zwanzig Jahren ungefähr einen Drittel ihrer Einkommensmillionäre verloren hat. Andere Gemeinden mit Einkommensmillionären haben in der Regel zugelegt. Dies zur Kapitalsituation.

Ich kann an das anschliessen, was ich für die GPK gesagt habe. Diese Unterlagen hat Sascha super vorbereitet. Man kann es alles daraus lesen. Ich habe euch auch alles zitiert.

Jetzt kommt aber die Nachkreditliste dran. Und das ist jetzt ohne jeden Blick aufs Budget des nächsten Jahres, sondern mit Blick auf das Budget des vergangenen Jahres, das wir genehmigt haben. Und diese Nachkreditliste ist schlicht skandalös. Sie ist auf S. 57 fortfolgende – respektive unter Ziffer 11.8.2, für die, die den Papierausdruck ohne Seitenzahlen vor sich haben. Aus dieser Liste geht hervor, dass der Gemeinderat die Finanzen schlicht nicht im Griff hat. Zahlreiche Positionen mit teilweise sechsstelligen Kreditüberschreitungen werden mit mageren, kaum nachvollziehbaren Begründungen einfach bewilligt. Das ist eine absolut ungenügende Finanzdisziplin. Ausgaben, die man budgetieren könnte und sollte, weil nichts Dringliches dabei ist und weil die Budgethoheit bei uns im Parlament liegt, werden ganz einfach mit der Begründung «nicht budgetiert» durchgewinkt. Das ist eine Beleidigung des Parlaments.

Ich greife jetzt ein paar krasse Beispiele für euch heraus. Konto 2140.3636.01, Musikschule. Budget CHF 730'000, Rechnung CHF 937'000, Überschreitung

CHF 200'000. Nichts gegen die Musikschule. Ich bin wahrscheinlich der dienstälteste Schüler dort. Aber diesen Aufwand kann und muss man budgetieren, und dieses Budget ist einzuhalten. Ich hätte nichts dagegen, wenn wir, das Parlament, der Musikschule einen Beitrag von CHF 950'000 beschliessen würden. Aber ich habe etwas dagegen, wenn man uns beim Budgetierungsprozess eine Musikschule mit CHF 730'000 budgetiert und dann dieses Budget einfach um über CHF 200'000 überzieht. Die Begründung ist für mich absolut nicht nachvollziehbar und ungenügend.

Fehlende Budgetierung und Budgetdisziplin dürfen nicht in diesem Umfang einfach einreissen. Der Gemeinderat hat uns mit dem Budget 2025 glauben gemacht, die Musikschule sei für CHF 730'000 zu betreiben, und jetzt wird sie im Jahr 2025 um mehr als einen Viertel teurer. Das ist einfach schlampig, und da hat der Gemeinderat die Finanzen nicht im Griff.

Ich komme zu Konto 2170.333 (recte: zu den Konten 2170.33), Abschreibungen. Auch diese Abschreibungen sind total aus dem Ruder gelaufen. Die Überschreitung beträgt rund CHF 275'000. Da hat man offenbar einfach nach freiem Belieben nicht budgetierte Abschreibungen vorgenommen. Der Gemeinderat bemerkt dazu: «Höhere Abschreibungen als bei der Budgetierung berechnet.» Ja, das sehen wir. Das ist keine Begründung. Das ist einfach Schlamperei.

Konto 8710.3510.01, Einlage in Vorfinanzierung Förderprogramm Klima und Energie. Budgetiert CHF 0, Nachkredit CHF 561'000 ungerade. Die Finanzkompetenz des Gemeinderats wurde um fast das Doppelte überschritten. Ohne Notwendigkeit, ohne Dringlichkeit, einfach, weil es dem Gemeinderat offenbar gerade so gepasst hat.

Beim Budgetierungsprozess wurde absichtlich eine weitere Speisung der Vorfinanzierung ausgesetzt. Damals hat man gesagt, diese Vorfinanzierung sei angesichts der laufenden Entnahmen von um die CHF 100'000 pro Jahr mehr als genügend ausgestattet. Bei einer jährlichen Entnahme von ungefähr CHF 100'000 brauche man tatsächlich keine Vorfinanzierung über CHF 1,3 Mio., wie sie in der Rechnung auf S. 5 jetzt ausgewiesen ist. Einen entsprechenden Parlamentsbeschluss, wie der Gemeinderat in Ziffer 1.2.3 auf S. 5 suggeriert, fand ich nirgendwo. Dieser Beschluss wäre bei einer solchen Ausgabe mindestens korrekt zu zitieren gewesen, und zwar: «Sitzung vom, Geschäft Nummer soundso». Dann wäre es eine Begründung. Aber so kann man das einfach schlicht nicht genehmigen.

Der Gemeinderat hat diese Einlage in Überschreitung seiner Finanzkompetenz vorgenommen. Und auch dem Reglement über die Vorfinanzierung ist nicht zu entnehmen, dass der Gemeinderat ermächtigt worden wäre, diese Vorfinanzierung einfach nach freiem Ermessen zu alimentieren. Sie kann auch nicht gebunden sein. Denn wenn sie gebunden gewesen wäre, hätte er sie gemäss Reglement budgetieren müssen, und mit der Budgetierung null hat der Gemeinderat gleich gezeigt, dass es eben eine Ausgabe ist, die der Budgethoheit des Parlaments unterliegt und nicht dem Belieben des Gemeinderats.

Ich komme zu einem weiteren Beispiel: Liegenschaftsunterhalt, Konto 9630.32430 (recte: Konto 9630.3430.01). Budgetiert CHF 147'000 gemäss Nachkreditliste, ausgegeben CHF 575'000. Ja, liebe Ratskolleginnen, liebe Ratskollegen, für was genehmigen wir eigentlich ein Budget, wenn sich der Gemeinderat einfach nicht daranhält? Den nötigen Unterhalt hat man offenbar mit diesen CHF 147'000 als genügend angeschaut, und es kann ja nicht davon die Rede sein, dass das überall nicht budgetierbare Notfälle waren. Für solche Notfälle hat man in der Regel im Unterhaltsbudgetbetrag eine gewisse Reserve von allem Anfang an drin.

Auch hier hat der Gemeinderat seine Finanzkompetenz massiv überschritten. Ein Nachkredit von CHF 428'000 liegt nicht in der Kompetenz des Gemeinderats. Es ist auch richtig, dass er das nicht objektmässig aufgeteilt hat. Denn der Gemeinderat hat offensichtlich ganz einfach das Budget für diverse Sanierungen erhöht, und das ist einfach nicht in seiner Finanzkompetenz, sondern das ist in unserer Kompetenz,

und ich lasse mir das einfach nicht so unterjubeln mit einer solchen Nachkreditliste. Ihr könnt die Nachkreditliste selbst noch anschauen. Es gibt noch einen Haufen weiterer fragwürdiger Nachkredite, zu denen ich euch die Details jetzt ersparen möchte. Und es ist einfach an uns, am Rat, vom Gemeinderat eine diszipliniertere Handhabung der Gemeindefinanzen zu verlangen, und das können wir heute nur machen, wenn wir diese Rechnung nicht genehmigen.

Für die Zukunft müssen wir uns überlegen, ob wir die Finanzkompetenz des Gemeinderats nicht kräftig zurückstutzen möchten, so zum Beispiel von heute Dreihundert auf neu Hundert. Die Tatsache allein, dass man über Geld verfügt, dass man mehr Steuereinnahmen hat als budgetiert, darf gewählte Amtsträger nicht dazu verleiten, bestehende Finanzkompetenzen und bewährte Grundsätze der Finanzpolitik einfach zu missachten. Wir brauchen nur über den Atlantik zu schauen, um zu sehen, wohin das führt. Wenn man die Möglichkeit hat, etwas zu tun, aber die rechtliche Grundlage fehlt, und man macht es trotzdem: Das geht einfach nicht in einer regelbasierten Demokratie. Und ich hoffe, dass wir dies hier auch sind. Und ich denke nicht, dass wir im kleinen Gemeinderat kleine Trumps brauchen. Ich beantrage deshalb, diese Rechnung nicht zu genehmigen. Klammerbemerkung: Damit wird ja nichts passieren, aber es ist ein Zeichen. Merci.

Hilmi Gashi (Grüne): Wir Grünen danken der Verwaltung und dem Gemeinderat für den guten Bericht und danken Sascha Balmer und seinem Team für die umsichtige, klare Darstellung der Jahresrechnung 2025. Die Jahresrechnung lässt sich sehen. Für uns Grüne ist klar, das sage ich schon von Anfang an, dass wir dem Antrag auf Genehmigung der Jahresrechnung zustimmen werden.

Ein positives Ergebnis von fast CHF 8 Mio. und Einlagen in die Reserve geben ein solides Bild. Die Gemeinde steht auf guten, soliden finanziellen Fundamenten, und das ermöglicht uns, sowohl notwendige Sanierungen in die Infrastruktur voranzutreiben wie auch neue, wichtige Projekte voranzutreiben, die politisch beschlossen wurden, und auch, die Legislaturziele zu erreichen.

Für uns ist wichtig, dass wir diese Zahlen eben nicht nur loben, sondern auch ein wenig dahinter blicken.

Ich möchte gerne auf einen Punkt hinweisen, und dafür möchte ich drei Feststellungen machen. Die erste Feststellung betrifft die Rückstellungen. Der Blick in den Rückstellungsspiegel zeigt, dass kurzfristige Rückstellungen für Ferien- und Überzeitguthaben per Ende 2025 bei über CHF 0,5 Mio. liegen. Es ist letztes Jahr zwar eine leichte Reduktion passiert, aber diese Summe von über CHF 0,5 Mio. ist immer noch da, und sie zeigt uns klar, dass die Arbeitslast auf den bestehenden Schultern in der Gemeindeverwaltung sehr hoch ist. Aus arbeitgeberpolitischer Sicht ist ein kontinuierlicher Abbau dieses Guthabens zwingend, um die Gesundheit und Motivation unserer Mitarbeitenden im Service Public längerfristig zu schützen.

Die zweite Feststellung betrifft auch ein wenig die Projekte. Ich habe mich extrem gefreut, als der Pumptrack endlich da war. Wie sich dort oben Kinder und Familien treffen, ist super. Ich habe es vor ein paar Jahren gesagt: Meine Kinder hätten auch gerne dort getobt, aber sie sind jetzt aus diesem Alter raus. Es zeigt eigentlich, dass man etwas viel Zeit in der Umsetzung verloren hat. Ich vermute, dass es auch an fehlenden Ressourcen in der Verwaltung liegt.

Die dritte Feststellung betrifft die Honorare für externe Beratungen. Wir haben in der Erfolgsrechnung auch gesehen, dass der Aufwand für Honorare für externe Beraterinnen und Berater und ad interim besetzte Leitungsstellen im Budget CHF 200'000 überschritten hat. Hier sehen wir, dass das Schliessen personeller Lücken durch externe Mandate nicht nur teuer ist, sondern auch wertvolles Know-how nicht langfristig in der Gemeinde binden kann.

Die Jahresrechnung zeigt, dass der Personalaufwand im vergangenen Jahr um über CHF 300'000 unter dem Budget lag. Wir haben also finanzielle Kapazitäten, um gezielte, strategische Aufstockungen der Stellen in der Verwaltung zu machen. Das wäre eine Investition in unsere Gemeinde, und es wäre im Dienst der Bevölkerung.

Nutzen wir die solide Finanzsituation vorausschauend, um sowohl unseren Service Public zu stärken wie auch die Lebensqualität in Muri-Gümligen weiter zu steigern. Merci.

Noémie Zurlinden (SP): Die SP-Fraktion dankt auch herzlich für die aufschlussreichen und sorgfältig erarbeiteten Unterlagen, die auch übersichtlich dargestellt sind, sodass man es, abgesehen von den fehlenden Seitenzahlen, sonst eigentlich gut versteht. Ich schicke es auch schon voraus, dass die SP der Empfehlung zur Genehmigung folgen wird. Ich sage nur ein paar wenige Dinge. Das Resultat war erfreulich. Auch gerade eben mit einem Mehrertrag von CHF 9,6 Mio. ist es ein erfreuliches Resultat. Ich denke, es ist eben auch wichtig, dass man dieses Resultat auch kontextualisiert. Das hat Jan schon gemacht. Also beispielsweise das mit dem Buchgewinn. Man muss sich vergegenwärtigen, dass das eigentlich abgezogen werden muss. Insbesondere auch, wenn man in Hinblick auf die Budgetdebatte wieder nach Steuersenkungen rufen würde. Allenfalls würden wir dann zur Vorsicht mahnen. Denn gerade angesichts der bitter notwendigen Investitionen, die wir jetzt im Moment und in den nächsten Jahren tätigen müssen, können wir sehr froh sein, dass ein so gutes Ergebnis und ein besseres Ergebnis als erwartet vor uns liegt.

Es ist klar. Die Investitionen sind hoch, die Schulden steigen an. Aber die SP-Fraktion steht ganz klar hinter diesen Investitionen, die ja eben sehr nötig sind. Gerade deshalb ist dieses Resultat so erfreulich.

Noch als eine Art Schlusswort: Wir nehmen viel Geld ein. Aber falls sich in Zukunft wirklich abzeichnen sollte, dass man noch sehr viel mehr Geld einnimmt als angenommen und wir die Investitionen sozusagen locker stemmen können, um es einmal so zu sagen, würden wir von der SP-Fraktion eben auch eher daran denken, zum Beispiel bei der Ausgabenseite etwas zu machen. Es gibt immer Orte, wo wir unsere Aufgaben als Gemeinde noch mehr stärken können. Für alle unsere Bewohnende. An Bedarf und Ideen mangelt es nicht. Deshalb ist es eben ein sehr erfreuliches Ergebnis, und wir hoffen, es geht so weiter. Danke vielmals.

Lorenz Held (FDP): Damit ihr nicht das Gefühl habt, jetzt komme ein Priester: Ich war an einer Abdankung. Es ist nicht Karl Lagerfeld und auch nicht Missoni. Dieser Schal ist von einem billigen Markt – dies ausserhalb des Protokolls.

Geschätzte Anwesende, die Rechnung 2025 schliesst zum wiederholten Male weit besser ab als budgetiert. Inzwischen kumuliert sich diese Besserstellung seit dem Jahr 2019 auf sagenhafte CHF 40 Mio. Das ist erfreulich in dem Sinn, dass es uns gut geht. Es ist weniger erfreulich im Sinn, dass wir die Budgetierung auf der Einnahmenseite nach wie vor nicht wirklich beherrschen und wir auch in Zukunft auf Überraschungen gefasst sein müssen. Gratulieren dürfen wir zum massiv erhöhten Realisierungsgrad.

Erlauben Sie mir eine kleine Tour d'Horizon durch unsere Jahresrechnung. Auch wenn die Rechnung geprüft und als in Ordnung befunden wurde, kann ich die Frustration von meinem Vorvordner verstehen. Die hohen Nachkredite fallen ganz klar aus dem Rahmen, auch aus dem Rahmen der letzten zehn Jahre. Wir sprechen von einem Faktor von fast 10. Vieles ist erklärbar, das ist richtig. Vieles kommt aber systematisch jedes Jahr vor und muss jetzt endlich budgetiert werden. Dann gibt es spezielle Fälle, wie zum Beispiel den Wechsel der Hauswarte in eine öffentlich-rechtliche Anstellung mit einem Nachkredit von CHF 280'000. Das hätte ordentlich budgetiert werden müssen und können, wie auch zum Beispiel die Einlage in die Vorfinanzierung Förderprogramm Klima und Energie von über CHF 0,5 Mio.

Ein anderes Beispiel sind Sanierungen für Wohnungen. Nicht nur die Tatsache des dreifachen Nachkredits. Wo ist da die Planung? Wir sprechen von Totalsanierungen. Wir sprechen aber auch von der Höhe der Investitionen in einzelne Wohnungen, und das bei höchst bescheidenen Mietzinsenträgen.

Ein weiteres interessantes Thema sind externe Berater. Der Nachkredit übersteigt

das Budget um das Dreifache. Geht es hier um die Einholung von Expertise oder auch um die Delegation von eigentlich der Verwaltung obliegenden Aufgaben? Hat der Gemeinderat eine Make-or-Buy-Strategie? Das heisst, weiss er, nach welchen Grundsätzen Leistungen extern eingekauft werden? Da dürfen wir uns allerdings auch als Parlament an der Nase nehmen. Unsere Vorstösse führen sehr oft genau zu einem solchen Beizug von Gutachtern und Beratern. Wir sollten also immer überlegen, was wir mit einem Vorstoss da eigentlich auslösen.

Der ausserordentliche Erfolg von CHF 2,6 Mio. im Finanzvermögen durch die Veräusserung von Baurecht zeigt, dass in unserem Verwaltungsvermögen noch ein grosses Potenzial schlummert, und das ist sicher grösser als der Faktor 1,4 auf unsere Schätzungen.

Die magere Nettorendite von zirka einem Prozent auf dem Finanzvermögen zu Buchwerten – zum Marktwert wäre sie noch tiefer – zeigt, dass wir unser Vermögen noch nicht wirklich managen und strategisch einsetzen. Zum Beispiel mit der Ortsplanung und einer aktiven Bodenpolitik. Da braucht es mehr Engagement und Transparenz.

Uns geht es darum, vorausschauend zu planen und zu handeln und entsprechend zu budgetieren. Denn die Herausforderungen sind gross. Ich habe mir die Mühe gemacht, die Abschlüsse der letzten zehn Jahre genauer zu analysieren. Keine Angst. Es sind 1000 Seiten, aber ich lese jetzt nicht alles vor. Ich habe versucht herauszufinden, was die relevanten Kostentreiber sind. Bei der Bildung ist es der steigende Personalaufwand, die höheren Energie- und Infrastrukturkosten und die zunehmenden Abschreibungen, bei der sozialen Sicherheit der wachsende Lastenausgleich und der zusätzliche Personalbedarf. Und im Querschnitt steigende Energiepreise – das ist nicht unerheblich – und zunehmende Investitionsfolgekosten. Jeden Franken, den wir investieren, musst du dann auch managen. Eigentum verpflichtet.

Was heisst das für die Steuerung unserer Gemeinde? Es braucht mehr Fokus auf den transparenten Umgang mit Sondereffekten. Es stellt sich die Frage, ob die Gemeinde diese nicht herausrechnen müsste, um das wahre Bild zu zeigen. Es ist nämlich gar nicht einfach zu erkennen, wo wir wirklich stehen und wie diese Entwicklungen auch tatsächlich sind. Jeder Konzern macht das, indem er eben eigentlich stufenweise Berechnungen dieser Sondereffekte macht.

Es braucht eine verstärkte Aufmerksamkeit auf beeinflussbare Kostenbereiche. Die machen heute nicht einmal mehr die Hälfte des Budgets aus. Umso mehr müssen wir dort genau hinschauen. Und es braucht eine Diskussion im Sinn einer strategischen Aufgabenprüfung, um den verbleibenden Handlungsspielraum nicht zu verspielen. Da bin ich ganz klar anderer Meinung als meine Vorrednerin. Es kann nicht sein, dass wir, wenn wir genügend Geld haben, danach schießen, wo wir mehr Geld ausgeben könnten. Ich glaube, das ist keine sorgfältige Haushaltsführung.

Was heisst die Rechnung 2025 für die Budgetierung 2027? Ich komme eben doch kurz darauf zu sprechen. Erstens verlangen wir, dass die regelmässig anfallenden Nachkredite der letzten Jahre endlich ordentlich budgetiert werden. Dann erwarten wir, dass Prioritäten gesetzt werden bei denjenigen Ausgaben, die überhaupt beeinflusst werden können. Dies unterlegt mit Überlegungen zur Effizienzsteigerung. Und dann darf sich der Gemeinderat gefasst machen auf einen Antrag zur Steuersenkung durch unsere Fraktion. Das wurde auch durch andere Parteien vor zwei Jahren in Aussicht gestellt, und es steht für uns ganz deutlich wieder im Raum. Denn wer zu viel Geld in der Kasse hat, wird übermütig. Statt sich auf das Notwendige zu beschränken, gönnen wir uns so allerlei.

Als Politiker wissen wir: Was einmal als Gemeindeaufgabe geschaffen wurde, bringt man kaum mehr weg. Deshalb zitiere ich mich ausnahmsweise selbst: «Wir haben nach wie vor ein Ausgaben- und nicht ein Einnahmenproblem.» Daher, spare in der Zeit, lieber Gemeinderat, liebes Parlament. Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not. Das tönt übrigens sehr gescheit, aber ich glaube, es war ein Sparkassen-Slogan aus Deutschland aus den Dreissigerjahren.

Zum Schluss: Wie wird unsere Fraktion abstimmen? Abhängig von den Erläuterungen, die wir noch erhalten werden, werden wir uns im Rahmen eines Timeouts – dieses ist damit eigentlich schon angekündigt – definitiv festlegen. Danke vielmals.

Manuel Sager (forum): Auch aus Sicht des forums gibt es zur Jahresrechnung 2025 zuerst einmal einfach eine Reaktion: Jubilate. Wer schliesst nicht lieber mit CHF 8 Mio. im Plus als mit dem budgetierten Aufwandüberschuss von CHF 1,8 Mio. ab. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben gut gewirtschaftet und verdienen dadurch unseren Dank.

Aber damit ist natürlich schon noch nicht ganz alles gesagt. Sowohl die Höhe des Ertragsüberschusses als auch dessen Abweichung vom Budget geben doch zu Fragen Anlass. Dies nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der letzten Jahre. Im Jahr 2022 hat sich der Gemeinderat um CHF 2,4 Mio. verschätzt, im Jahr 2023 um CHF 6,2 Mio., im Jahr 2024 um CHF 3,4 Mio. und im Jahr 2025 um CHF 9,6 Mio. Da stellt sich zunächst einmal die Frage nach der Methodologie bei der Erstellung des Budgets. Wie kann es sein, dass über einen Zeitraum von nur vier Jahren eine Abweichung von insgesamt CHF 21 Mio. zustande kommt? Noch wichtiger ist allerdings die Frage, ob der letztjährige Ertragsüberschuss von fast CHF 8 Mio. finanz- bzw. fiskalpolitische Konsequenzen haben sollte. Umso mehr, als sich dieser Überschuss fast ausschliesslich aus der Besteuerung natürlicher und juristischer Personen ergab. Das war ja in den Vorjahren auch nicht anders, wenn auch auf etwas tieferem Niveau.

Die Fragen nach den Konsequenzen stellen sich aber nicht heute. Heute schauen wir zurück und sind dankbar für das gute Ergebnis. Die Frage wird sich aber stellen, wenn wir das nächste Mal vorwärtsschauen, und das wird beim Budget 2027 der Fall sein.

Wir vom forum haben in den letzten Monaten bei verschiedenen Gelegenheiten unsere Forderung an den Gemeinderat wiederholt, bei der Unterbreitung des Budgets 2027 den Antrag zur Steueranlage noch klarer als in der Vergangenheit anhand einer übersichtlichen Zusammenstellung von Kennzahlen zur mittelfristigen Entwicklung des Finanzhaushalts zu erläutern. Das heisst, es geht darum, den Antrag zur Steueranlage noch klarer zu erläutern. Wir möchten heute an diese Forderung erinnern, verbunden mit dem dringenden Wunsch an den Gemeinderat, diese Diskussion frühzeitig zu lancieren, damit diese Diskussion auch in der nötigen Tiefe und Gelassenheit geführt werden kann. Wir vom forum gehen ergebnisoffen in diese Diskussion, und das schliesst die Offenheit für verantwortbare Steuersenkungen auch ein. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Wir kommen nun zur kapitelweisen Detailberatung. Urs Grütter hat ja vorhin schon, zu Recht auch, auf einige Dinge hingewiesen. Ich gehe die Kapitel langsam durch und bitte euch, euch entsprechend zu melden.

Detailberatung

Kapitel 1, Berichterstattung, S. 3–11

Keine Bemerkungen

Kapitel 2, Eckdaten, S. 12–15

Keine Bemerkungen

Kapitel 3, Bilanz, S. 16

Keine Bemerkungen

Kapitel 4, Funktionen, S. 17–22

Keine Bemerkungen

Kapitel 5, Sachgruppen, S. 23–24
Keine Bemerkungen

Kapitel 6, Geldflussrechnung, S. 25
Keine Bemerkungen

Kapitel 7, Finanzkennzahlen, S. 26–28
Keine Bemerkungen

Kapitel 8, Antrag der Exekutive, S. 29
Keine Bemerkungen

Kapitel 9, Bestätigungsbericht, S. 30
Keine Bemerkungen

Kapitel 10, Genehmigung der Jahresrechnung, S. 31
Keine Bemerkungen

Kapitel 11, Anhang, S. 32–60
Keine Bemerkungen

Kapitel 12, Details zur Jahresrechnung, S. 61–120
Keine Bemerkungen

Die Vorsitzende: Die Details zur Jahresrechnung sind via Homepage der Gemeinde einsehbar.

Keine weiteren Wortmeldungen; K. Urs Grütter verzichtet auf ein Schlusswort für die GPK.

Jan Köbeli (Gemeindepräsident): Ich kann die Anschuldigungen von Urs Grütter nicht einfach so stehenlassen und muss kurz eine Replik darauf geben. Die Vergleiche mit den Steueranlagezehnteln oder dass wir zwei Jahre lang keine Steuern erheben könnten: Das könnten wir schon. Dann hätten wir einfach CHF 235 Mio. Schulden, also CHF 180 Mio. mehr. Auch die Vergleiche mit den Steueranlagezehnteln zeigen, dass du, Urs, nur die Jahresrechnung berücksichtigt, wo aber die Investitionen nicht inbegriffen sind. Das heisst, der Vergleich mit den Steueranlagezehnteln funktioniert nur, wenn wir unsere Investitionen rein aus Schulden finanzieren würden und nicht aus Steuergeldern. Das können wir schon. Aber dann haben wir in den nächsten paar Jahren ein x-Faches an Millionen Schulden mehr. Das muss man einfach wissen. Die Investitionen immer ausklammern, wenn man von der Jahresrechnung spricht, geht so eben nicht. Es wird zwar schon separat ausgewiesen. Aber die Investitionen haben wir gleichwohl, und das Geld dafür ausgeben müssen wir ja trotzdem. Dieses Geld muss ja von irgendwoher kommen. Woher, wenn nicht von Steuereinnahmen? Dann zur Nachkreditliste. Diese wurde von der Revisionsstelle sehr genau geprüft – sehr genau! Sascha Balmer hat es mir vorhin gerade noch einmal bestätigt. Und alles ist rechtens – alles ist rechtens! Zur Einlage in die finanzpolitische Reserve. Wenn ihr null Franken in der Jahresrechnung budgetiert oder sogar einen Verlust, müsst ihr doch ziemlich wenig in der finanzpolitischen Reserve budgetieren. Wenn ihr aber mehr Steuern einnehmt, schickt euch der Kanton natürlich eine höhere Rechnung – ich spreche vom Finanzausgleich –, und diese Rechnung ist zu bezahlen. Entsprechend mussten wir einen Nachkredit beschliessen. Wenn ihr wenig oder weniger

Steuereinnahmen budgetiert, budgetiert ihr auch weniger in den Finanzausgleich. Zur Einlage in die finanzpolitische Reserve von CHF 7,8 Mio.: Wenn ihr ein Defizit budgetiert, müsst ihr natürlich null in die finanzpolitische Reserve budgetieren. Denn ihr habt ja nichts, was ihr buchhalterisch dorthin verschieben könntet. Wenn ihr aber plötzlich Überschüsse macht, Millionengewinne, dann müsst ihr buchhalterisch eben CHF 7,8 Mio. in die finanzpolitische Reserve rüberschieben – und das bedingt einen Nachkredit.

Höhere Anteile an den Lastenausgleich Sozialhilfe: Da bezahlen wir die Rechnung, die vom Kanton kommt. Dabei verlassen wir uns auf die Zahlen des Kantons und budgetieren entsprechend. Wenn der Kanton eine andere Rechnung schickt, okay, dann müssen wir diese eben bezahlen. Aber es braucht einen Nachkredit.

Höhere Einlage in die Vorfinanzierung Förderprogramm Klima und Energie: Die Rede von Kompetenzüberschreitung stimmt nicht. Es gibt ein Reglement. Es gibt eine klare gesetzliche Grundlage. Ich darf hier den Titel ablesen: «Reglement betreffend Gemeindeabgabe auf Strom und Gas; Spezialfinanzierung <Förderprogramm Klima und Energie>». Dieses Reglement hat ihr hier im Parlament genehmigt. Ihr habt uns die Kompetenz gegeben, es so zu machen. Also auch da: Alles rechtens.

Von dem her, dass der Gemeinderat irgendwelche Kompetenzüberschreitungen gemacht hat, muss ich hier in aller Form und mit aller Deutlichkeit zurückweisen. Viel mehr zeigt es mir, dass wir als Gemeinderat offenbar wieder einmal Bedarf haben, euch die Budgetierungsrichtlinien zu erklären.

Gut, ich habe geschlossen. Merci vielmals.

Die Vorsitzende: Gibt es ein Rückkommen? – Das scheint der Fall zu sein. Lorenz hat das Wort.

Rückkommen

Lorenz Held (FDP): Mich würde natürlich schon noch wundernehmen, was denn bei den anderen Positionen ist und was die Absicht des Gemeinderats bezüglich der Qualität der Budgetierung ist. Man kann schon sagen, es ist alles rechtens. Aber es ist natürlich trotzdem Es muss auch für euch unbefriedigend sein. Es kann gar nicht anders sein. Vier Seiten mit all diesen Nachkrediten. Man beschäftigt sich doch lieber mit anderem. Du musst dich ja jedes Mal fragen und als Gemeinderat erkundigen – ich nehme auch an, dass ihr das macht –, ob du kompetenzgemäss handelst. Ich habe auch nie unterstellt, dass es nicht so wäre. Aber ich hätte schon noch gerne eine etwas genauere Antwort, was denn da der Plan ist.

Jan Köbeli (Gemeindepräsident): Ich habe die Liste mit den Nachkrediten jetzt nicht dabei, respektive müssten wir Position für Position durchgehen. Dann können wir euch das natürlich auch begründen und erklären. Ich müsste etwas Vorbereitungszeit haben, dann erklären wir es euch natürlich sehr gerne. Ich nehme den Hinweis bezüglich Qualitätsanspruch gerne auf. Das habe ich notiert. Das ist selbstverständlich. Wir werden beim nächsten Budget prüfen, welche Positionen wir in Zukunft ins Budget aufnehmen können. Da haben wir natürlich einen gewissen Qualitätsanspruch, und ich nehme zur Kenntnis, dass ihr diesbezüglich eine höhere Qualität wünscht. Wir werden überprüfen, was wir budgetieren können. Selbstverständlich. Dann wird die Nachkreditliste auch etwas kürzer.

Für alles andere, also Detailerklärungen, könnt ihr euch gerne melden; wir erklären euch gerne, wo es noch Abweichungen gab. Ich habe hier jetzt nur über die grössten gesprochen.

Die Vorsitzende: Urs Grütter, bitte komm nach vorne ans Mikrofon. – Danke.

K. Urs Grütter (SVP): Ich habe kein Wort zur Einlage in die finanzpolitische Reserve verloren. Weshalb? Diese Einlage ist eine gebundene Ausgabe, und auch wenn es die Hälfte der Nachkredite ausmacht, habe ich nix dazu gesagt. Aber es ist eine bekannte Taktik, dass man auf irgendetwas abweicht, weil man zu den materiellen Punkten nicht Stellung nehmen kann.

Das Reglement Klima und Energie habe ich auch angeschaut. Dieses Reglement berechtigt nicht, ohne Budget einfach nach freiem Ermessen zu öffnen. Und wenn man nach diesem Reglement öffnen müsste, könnte man es gemäss diesem Reglement budgetieren. Und wenn man mit null budgetiert, gibt man zu erkennen, dass dort keine gebundene Ausgabe stattfindet und man eben mit null budgetieren kann. Und wenn man dann eben über eine halbe Million reinwirft, verletzt man die Finanzkompetenzen, Punkt.

Carole Klopffstein (Gemeinderätin): Ich erlaube mir, dazu kurz etwas aus dem Ressort Hochbau zu sagen. Und zwar, wie ich als Gemeinderätin in den Budgetierungsprozess eingeführt wurde, als ich dieses Ressort übernahm. Es war so, dass ich mit dem Ausschuss Liegenschaften zusammensass, und es hiess, Carole, wir müssen nächstes Jahr eigentlich CHF 3 Mio. in die Liegenschaften investieren können, aber wir dürfen nur CHF 1 Mio. investieren. Denn das ist, was das Budget im Durchschnitt für diesen Bereich herausgab. Das heisst, wir müssen jetzt einfach sehr stark priorisieren, was wann gemacht werden darf oder überhaupt gemacht werden darf.

Wenn eine Pumpe oder Toilette, oder was auch immer es war, trotzdem ausfiel und wir es nicht ins Budget nehmen konnten, weil wir es schon dermassen auf diese eine Million runterdrücken mussten, kam es dann einfach als Nachkredit rein. Denn wir können nicht einfach eine Toilette nicht reparieren, wenn sie kaputt ist.

Ich kann jetzt nur für mein Ressort sprechen. Wir durften bereits Verbesserungen vornehmen und sind inzwischen auch schon deutlich höher als diese eine Million und können beginnen, proaktiv abzuarbeiten. Denn vorher waren wir nur noch am Reagieren. Aber es braucht eben auch eine Weile, bis sich diese Kultur etwas eingelebt hat. In meinem Ressort ist es weiterhin so. Auch dieses Jahr sind wir CHF 0,5 Mio. unter dem, was wir denken, dass wir es nächstes Jahr ausgeben müssten. Aber aufgrund der Vorgaben und auch der bisherigen Praxis gingen wir eigentlich davon aus, dass es so in Ordnung ist. Denn es ist so, wie wir es in den letzten Jahren gemacht haben. Wie gesagt: Wir durften steigern, auch auf die Empfehlung der Finanzkommission hin. Darum sind wir sehr dankbar. Aber das war jetzt auch ein Prozess. Und trotzdem haben wir nach wie vor eigentlich zu wenig Geld zur Verfügung, um allen Pendenzen nachzukommen, denen wir gerne nachkommen würden.

Damit wollte ich einen kurzen praktischen Einblick geben, wie ich es in meinem Ressort beobachtet habe.

Lorenz Held (FDP): Wenn du sagst, es ist zu wenig Geld da, ist es zu budgetieren, und dann haben wir eben allenfalls ein Minus, das wir budgetieren müssen.

Carole Klopffstein (Gemeinderätin): Aber das war die Vorgabe.

Lorenz Held (FDP): Darf ich ...

Carole Klopffstein (Gemeinderätin): Entschuldigung, es tut mir leid. Ich wollte es nur kurz präzisieren.

Lorenz Held (FDP): Ich weiss nicht, von was für einer Vorgabe wir sprechen. Ich habe keine Kenntnis davon. Aber man sollte ja sachlich korrekt budgetieren, so gut

wie möglich. Beim einen Ort bist du darüber, beim anderen darunter, und wenn es eben einmal nicht reicht, musst du anraben. Das hatte ich bei meinem Amt genau gleich. Das ist für uns ja keine Katastrophe. Aber man macht es natürlich möglichst zahlenbasiert, faktenbasiert. Es gibt einen Zuschlag für Überraschungen, den wir immer drin hatten, genau für die typische Pumpe, die ausfällt. Ganz abgesehen davon, dass es gebundene Ausgaben wären. Alles, was der Dringlichkeit dient, wäre sowieso gebunden. Also, das könnte man auch beantragen.

Ich fände es gut, man würde uns im Budgetierungsprozess auch einmal genauer zeigen, wie es eigentlich vor sich geht und wie genau budgetiert wird oder ob man einfach die Vorjahreszahlen nimmt und extrapoliert. Ich habe schon den Eindruck, oder wir haben schon den Eindruck gewonnen, es gibt eine Art Systematik, es gibt auch ein paar systematische Punkte, bei denen man vielleicht auch besser sein könnte. Denn ich glaube immer noch, ihr wollt auf der Ausgabenseite möglichst gut budgetieren. Auf der Einnahmeseite ist es massiv schwieriger. Ich erinnere einfach daran: Wenn wir die fast CHF 4 Mio., die zur Diskussion stehen, die nicht in dem Sinn gebunden sind wie zum Beispiel finanzpolitische Reserven, wenn wir diese CHF 4 Mio. – diese haben wir. Wenn wir jetzt nicht mehr Steuererträge gehabt hätten, wären wir massiv, massiv, massiv im Minus. Ich glaube, dann kann man auch sagen, Glück gehabt. Aber eigentlich ist es auch ein Zeichen dafür. Wenn jetzt diese Einnahmenseite nicht geklappt hätte, müsste man sagen, das war jetzt aber wirklich schlecht budgetiert. Jetzt haben wir das Glück, dass die Einnahmenseite so viel höher ist. Wir können es ein Stück weit kompensieren. Aber das darf man einfach nicht vergessen. Am Schluss müssen wir uns alle, auch im Parlament, daran messen lassen. Ich bin auch sehr gespannt auf die Budgetdebatte, bei der man vielleicht beginnt, stärker Position für Position zu hinterfragen, was eigentlich dahintersteckt.

Die Vorsitzende: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Beratung ist damit abgeschlossen. Lorenz hat vorhin ein passantes von einem Timeout gesprochen, und ich denke, das braucht es jetzt – 10 Minuten. Ich werde euch danach fragen, ob es gereicht hat.

Timeout.

Die Vorsitzende: Nach diesem Timeout kommen wir direkt zur Abstimmung. Wir befinden uns über den Antrag des Gemeinderats.

Beschluss (19 Ja / 14 Nein / 3 Enthaltungen)

Die Jahresrechnung 2025 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 66'091 im Gesamthaushalt wird genehmigt.

5. Bärtschihus; Instandsetzungsmassnahmen 2026–2029; Verpflichtungskredit

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Noémie Zurlinden (für die GPK): Ich mache es kurz. Die GPK hat das Geschäft geprüft. Es ist gut vorbereitet und somit beschlussfähig. Wir empfehlen Eintreten.

Carole Klopstein (Gemeinderätin): Wie ihr sicher festgestellt habt, handelt es sich hier nicht um eine Gesamtsanierung, sondern um einen Massnahmenkatalog mit den dringlichsten betrieblichen und energetischen Massnahmen, die wir im Bärtschihus gerne umsetzen würden. Es geht stark auf den Erneuerungszyklus zu. Sprich, in 10, 15 Jahren müssen wir uns über eine Gesamtsanierung unterhalten.

Aber in diesem Paket hier ist wirklich einfach das Nötigste drin, um den Betrieb zu gewährleisten und, wo wir gerade können, mit «low hanging fruits» gewisse Effizienzmassnahmen zu treffen.

Das wurde durch eine länger bestehende Problematik ausgelöst. Es gibt nämlich schon seit Jahren die Thematik mit der Schlacke. Anscheinend hat man früher Schlacke, unter Umständen Klärschlacke, in die Zwischenböden eingebaut. Heutzutage respektive beim jetzigen Gebrauch, unter anderem mit Tanzbetrieb, ist das wahnsinnig ungünstig. Denn es rieselt ständig durch die Böden, was immer zu einem ausserordentlich hohen Putz- und Betriebsaufwand geführt hat. Als wir dies beheben wollten, hat man im selben Zug festgestellt, dass es noch ein paar andere Themen gibt, die man sofort umsetzen könnte, auch unter Betrieb, mit denen wir deutliche Verbesserungen erzielen können.

Ihr habt es gelesen. Es ist der Ersatz von Fenstern. Und wir müssen leider die Elektroboiler ersetzen. Wie ihr den Plänen sicher entnehmen konntet, sind diese dezentral angeordnet. So hat man es früher gemacht, als man viel Strom für Elektrospeicherheizungen hatte. Das Problem ist einfach, dass wir es ohne tiefgehenden Eingriff in die Rohsubstanz nicht einfach so anpassen können. Deshalb müssen wir leider weiterhin mit diesem System fahren. Selbstverständlich halten wir die Augen und Ohren für Alternativen offen. Aber solange diese sich noch nicht auf dem Silbertablett präsentieren, müssen wir leider bis zur nächsten Gesamtsanierung zuwarten.

Wir haben geprüft, ob wir eine Solaranlage realisieren können, kamen aber zum Schluss, dass wir es unter diesen Umständen, mit einer Amortisationsdauer von 47 Jahren, nicht machen können. Es ist auch so, dass wir uns angesichts der Gesamtinvestitionen in den Gebäudepark – sowohl im Finanz- wie auch im Verwaltungsvermögen – aktuell schlicht keine Gesamtsanierung des Bärtschihus leisten können. Abgesehen davon, dass wir wirklich der Meinung sind, dass es in diesem Zustand und mit diesen Massnahmen hier ohne Probleme noch ein paar Jahre brauchbar ist.

Ich denke, wesentlich, auch für die Bevölkerung, ist, dass wir mit der Schiebetür eine gewisse Hindernisfreiheit erreichen respektive die Zugänglichkeit etwas besser gestalten können. Daneben geht es um ein paar weitere kleinere Massnahmen, die wir für euch alle im Dossier abgebildet haben.

Wir haben etwas im Investitionsplan eingestellt, nämlich CHF 950'000, und weil die PV-Anlage rausfiel, dürfen wir euch jetzt hier einen Kredit vorlegen, der CHF 80'000 tiefer liegt, nämlich bei CHF 870'000.

Mir ist aber wichtig zu sagen, dass es höchstwahrscheinlich nicht das Ende der Fahnenstange ist. Dies im Sinn von: Wir investieren jetzt, aber es kann natürlich sein, einfach aufgrund des Alters der Gebäudeteile, dass es nicht die letzte Massnahme vor einer Gesamtsanierung war. Dessen muss man sich bewusst sein. Aber ich glaube nicht, dass wir noch einmal ein so grosses Päcklein machen werden.

Die Projektleiterin Nicole Ulmi ist heute anwesend, um allfällige Fragen beantworten zu können.

Eintreten wird nicht bestritten. Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Francine Kearns (forum): Das Bärtschihus ist ein Haus mit Geschichte und wichtig für unsere Gemeinde. Die letzte Gesamtsanierung war im Jahr 1988. Deshalb ist es gut, dass die Immobilie wieder mehr in den Fokus gerutscht ist, vor allem in Hinblick auf den Brandschutz. Da hat das Bärtschihus offenbar einen grossen Nachhol- und

Aktualisierungsbedarf. Gut, hat man es angeschaut.

Die Gesamtkosten sind absolut plausibel, vor allem, wenn man die Auflistung der geplanten Massnahmen sieht, auch wenn nicht jeder einzelne Punkt ein Preisschild hat.

Stichwort Warmwasseraufbereitung: Ja, es wäre schön gewesen, es hätte eine andere Lösung gegeben. Wir sind bei der Instandsetzung und nicht bei einer Gesamtsanierung. Deshalb müssen wir wahrscheinlich damit leben, dass es im Moment keine optimale Lösung gibt.

Das Geschäft ist für unsere Fraktion unbestritten, und wir sagen ja zum Verpflichtungskredit.

Suzanne Fankhauser (SP): Unsere Fraktion ist der Meinung, dass die Instandsetzungsmassnahmen für das Bärtschihus unbestritten sind und der Unterhalt ganz zwingend nötig ist. Er wurde wohl auch während einigen Jahren aufgeschoben, und jetzt drängt sich einiges auf.

Beim Lesen der Ausgangslage haben sich, so vermute ich, einige an das schlimme Unglück von Crans-Montana erinnert. Wir haben natürlich alle ein Interesse daran, dass bei uns auf keinen Fall zuerst so etwas passieren muss, bevor man eingreift. Deshalb sind wir sehr froh, dass der Brandschutz stark ins Zentrum gerückt ist. Gleichwohl haben wir zwei Bereiche im Fokus. Dazu habe ich auch persönliche Erfahrungen. Die Warmwasseraufbereitung ist in diesem Haus auf jeden Fall ein Riesenproblem, weil es eben so dezentral läuft mit diesen Leitungen. Man musste überall Bäder und weiss ich nicht was einbauen, und es ist garantiert ein Riesenproblem. Deshalb sind wir der Meinung, es müsste eigentlich ein Gesamtkonzept entstehen. Man kann nicht punktuell mit Elektroboilern, die natürlich extrem viel Strom brauchen, arbeiten. Ich finde, es ist ein Problem, wenn man jetzt quasi denkt, sie zu ersetzen, und zu einem späteren Zeitpunkt dann sagt: Jetzt haben wir sie gerade ersetzt, wir haben dafür Geld ausgegeben, deshalb ist es gerade ungünstig. Das ist das Erste, was uns ein wenig Sorgen bereitet, und wir möchten wenigstens unsere Sorge mitgeben.

Das Zweite ist die Photovoltaik-Anlage. Ich habe selbst an drei Orten Photovoltaik und bin absolut erstaunt über die Amortisationszeit von 47,2 Jahren. Für mich kam das sehr bizarr daher. Dies aufgrund meiner eigenen Erfahrungen der letzten 20 Jahre.

Wenn es so ist – es mag so sein, das ist möglich, aber für mich einfach kaum nachvollziehbar –, hätte ich mir diese Studie doch sehr gerne angeschaut, damit ich mir ein Bild hätte machen können.

Was ich aber sehr begrüsse, ist, dass weiter unten steht, eventuell würde man dann doch in Richtung Umsetzung gehen. Das wäre sehr wünschenswert. Unsere Fraktion wäre sehr dafür, dass man die PV-Anlage durchaus ins Zentrum rückt. Wenn man schon mit Elektrodingen arbeitet – es ist gemäss den Angaben hier immer noch eine Elektroheizung im Spiel, was extrem viel Strom braucht –, müsste man sich mindestens überlegen, wie man das machen könnte. Auch vielleicht mit einer Wasseraufbereitung auf dem Dach, was heute ja auch sehr interessant ist. Also, allen Widrigkeiten zum Trotz möchten wir fest ans Herz legen, dass uns bei dieser Planung wichtig ist, die Photovoltaik-Anlage sehr stark in den Vordergrund zu rücken. Merci vielmals.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Carole Klopstein (Gemeinderätin): Ich kann versprechen, dass wir das auf jeden Fall mitnehmen. Denn diese Anlage wird eine ganz andere Amortisationsdauer haben, wenn wir das Gebäudedach komplett damit ersetzen dürfen. Wenn wir auch mit der Dämmung und allem arbeiten dürfen, sieht es ganz anders aus. Aber jetzt bezüglich diesem spezifischen Gebäude, auch mit der vorhandenen Ästhetik – es ist nun einmal bei einem Bauernhaus auch nicht ganz einfach –, wollten wir nicht

einfach etwas draufklatschen, sondern es soll ein wenig aussehen. Es ist auf jeden Fall vorgesehen. Wenn wir die nicht tragenden Wände rausnehmen können, machen wir das sehr gerne. Aber im jetzigen Zustand wird es etwas schwierig.

Kein Rückkommen.

Beschluss (36 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Für die Umsetzung der Instandsetzungsmassnahmen Bärtschihus wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 870'000.00 (inkl. MwSt., Honorare, Nebenkosten und 5 % Reserve) mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 % bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen sowie Mehrkosten in Folge der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

6. Motion Racine (SP), Grossenbacher (Grüne), Soder (FDP): «Mehr Verkehrssicherheit durch semimobile Radargeräte»

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Der Gemeinderat beantragt die Überweisung der Motion. Gabriele spricht anstelle von Markus Bärtschi für den Gemeinderat.

Gabriele Siegenthaler Muinde (Gemeinderätin): Ich habe ein nicht ganz unbestrittenes Geschäft geerbt. Seit ich im Parlament bin, seit dem Jahr 2011, war Verkehrssicherheit regelmässig ein Thema und auch immer die Frage irgendwelcher Kontrollen. Während Jahren war die Antwort vonseiten des Gemeinderats jeweils: Wir dürfen nicht. Letztes Jahr kam dann ein Vorschlag zu euch, wie man es eben doch könnte, und dieser ist heute erneut Thema.

Ich möchte einen kurzen Rückblick machen, weshalb der Gemeinderat letztes Jahr mit diesem Geschäft zu euch kam. Wir stellen einerseits fest, dass wir in den Gesprächen mit den Quartierleuten über Verkehrsthemen mit absoluter Regelmässigkeit mit der Forderung nach mehr Kontrollen konfrontiert sind. Das ist quasi der Druck vonseiten der Bevölkerung, der bei uns auf Seiten der Verwaltung und des Gemeinderats ankommt.

Das zweite sind die Quellen, die wir haben. Einerseits die Tempomessungen mit den Smileys, die wir selbst in der Gemeinde haben, und andererseits die Messungen der offiziellen Polizei-Radarkontrollen. Wir stellen dabei fest, dass durchschnittlich rund 10 Prozent der Fahrzeuge zu schnell unterwegs sind. Dieser Wert ist nicht grottenschlecht. Er ist gemäss Kategorisierung der Polizei in der Nähe von gut. Aber wenn man es auf die Anzahl Fahrzeuge umgerechnet, die jeden Tag unterwegs sind, und es nicht prozentual, sondern in absoluten Zahlen anschaut, sind es eben doch sehr viele Fahrzeuge, die in unserer Gemeinde heute zu schnell unterwegs sind. Und schon ein paar zusätzliche Stundenkilometer machen in Bezug auf Bremsweg und Schadenseinwirkung einen relativ grossen Unterschied.

Was wir in unseren Smiley-Messkampagnen, die jeweils ungefähr zwei Wochen am selben Ort gemacht werden, feststellen, ist, dass wir in 30er-Zonen in diesen beiden Wochen mehrfach 80 Stundenkilometer messen. Das ist nicht nur bei uns in der Gemeinde so. Diese Messung wird auch von Ostermündigen bestätigt.

Es stellt sich die Frage: Wie will man das werten? Sieht man sich die absoluten Zahlen an? Von welchem Risiko findet man, es sei noch vertretbar, welches nicht? Was ich auch noch anfügen möchte, ist, dass die Radarkontrollen eine Bewilligung des Kantons respektive der Kantonspolizei brauchen. Ausschlaggebend für die Auswahl des Standorts ist nicht, wo wir am meisten Fehlbare finden, sprich, wo es

uns am meisten Geld in die Kasse spült. Sondern die Auswahl erfolgt nach Kriterien der Verkehrssicherheit. So viel zur Ausgangslage und zum Hintergrund, weshalb der Gemeinderat letztes Jahr mit diesem Geschäft zu euch kam.

Nicht ganz überraschend bleibt der Gemeinderat kohärent in seiner Haltung. Wir haben euch dieses Geschäft letztes Jahr unterbreitet und bleiben von dem her jetzt auch auf demselben Standpunkt. Sprich, wir befürworten die Überweisung der Motion. Sollte das Parlament anders entscheiden, ist das Thema für den Gemeinderat sicher eine Weile vom Tisch. Falls ihr euch für eine Überweisung der Motion entscheidet, heisst das im Moment bloss, dass der Gemeinderat den Vorschlag des letzten Jahres aktualisiert, noch einmal das Gespräch mit Ostermundigen und mit der Kantonspolizei sucht und das Geschäft noch einmal aufbereitet, sodass hier im Rat eine vertiefte inhaltliche Diskussion stattfinden kann. Merci vielmals.

Raphaël Racine (SP, Motionär): Eigentlich habe ich mir überlegt: Man könnte fast das Protokoll von letztem Oktober hervorholen und einfach unsere Voten herunterlesen. So könnte man sich die Vorbereitung auf die heutigen Referate sparen. Aber nein. Ich möchte gerne noch einmal auf die vielleicht auch etwas aktualisierten Argumente eingehen.

Das Erste, und das ist mir wichtig, weil dieser Vorwurf natürlich irgendwo im Raum steht: Weshalb kommen wir schon wieder mit der Forderung nach semimobilen Radargeräten? Ist das nicht Zwängerei? Wir empfinden es eben nicht als Zwängerei, sondern als Hartnäckigkeit. All denjenigen, die uns heute Abend Zwängerei vorwerfen möchten, weise ich – das ist mir gerade auch für die anwesenden Gäste wichtig – auf die doch reichlich skurrile Parlamentsdebatte von letztem Oktober hin. Denn eigentlich hat eine ziemlich komfortable Ratsmehrheit diesem Geschäft zugestimmt, nämlich mit 18 zu 15 Stimmen, und wir haben schon gejubelt. Zufälligerweise war am selben Abend gerade der Hausjurist anwesend, und ein vergessen gegangener Passus hat uns belehrt: Nein, es braucht ein qualifiziertes Mehr. So weit, so gut.

Noch skurriler ist, dass zwei Monate später, nämlich per 1. Januar 2026, die Gemeindeordnung geändert hat und seither kein qualifiziertes Mehr notwendig ist. Deshalb finde ich es irgendwie legitim, dass wir es bringen. Es wäre anders respektive Zwängerei, wenn wir verloren hätten. Auch wenn es nur ganz knapp gewesen wäre, hätte ich es sicher nicht mehr gebracht; und wenn ich heute Abend verliere, werde ich es sicher nicht mehr bringen.

Um damit abzuschliessen, weshalb wir es erneut bringen: Ich fürchte ein wenig, hätte ich es nicht gleich wieder gebracht – dass es wieder sehr lange gedauert hätte, bis wir es wieder auf den Tisch hätten bringen können. Vielleicht hätte Ostermundigen gesagt: Nein, wir haben jetzt schon mit einer anderen Gemeinde einen solchen Vertrag. Jetzt ist alles frisch, alle Fakten sind auf dem Tisch. Deshalb kommen wir eben noch einmal. Wenn das Vorgehen für den einen oder anderen vielleicht nicht okay war, möchte ich trotzdem bitten, sachlich zu bleiben und in der Abstimmung zuzustimmen, wenn man schon im Oktober zugestimmt hat.

Ja, was bringen denn diese semimobilen Radargeräte und der Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei? Ich gehe nicht auf jedes Detail der Argumentation ein. Für mich ist das Hauptargument, das habe ich schon im Oktober gesagt: Wir erhalten dadurch Verkehrssicherheit und mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Dies, indem wir mehr Polizeipräsenz haben, die uns zur Verfügung steht. In Ostermundigen, aber auch in Köniz hat sich ganz klar gezeigt, dass mit der Zeit ein verändertes Verhalten der Lenkenden feststellbar ist. Die Geschwindigkeiten werden besser eingehalten; die Verkehrssicherheit wird erhöht, eben gerade vulnerabler Gruppen wie ältere Menschen, Kinder und generell Langsamverkehr.

Darüber hinaus haben wir hier eigentlich eine geniale Vorlage. Das möchte ich betonen. Ich finde sie genial, denn sie wird sehr wahrscheinlich zu keinen Mehrkosten führen, da wir die Kosten über Bussengelder abfangen können; es

werden nicht neue Verwaltungsstellen in der Gemeinde notwendig sein, weil wir die Administration nach Ostermundigen delegieren würden.

Jetzt werde ich russisch: Dowerjai, no prowerjai. Ich schaue rüber zu Urs Grütter wegen dem vermeintlich Lenin zugeschriebenen Zitat, das nicht ganz unumstritten ist. Respektive ist nicht klar, ob es wirklich von Lenin ist, aber es ist wohl auch sonst nicht unumstritten. Ich habe es noch einmal nachgeprüft, und es heisst wirklich wortwörtlich: Vertraue, aber prüfe nach.

Ich finde, wie ich auch bereits im Oktober gesagt habe: Wir sind doch tagtäglich, fast immer und wie selbstverständlich Kontrollen ausgesetzt. Alles andere wäre doch auch ein bisschen naiv. Es gibt Billettkontrollen, es gibt in der Schule Lernkontrollen, es gibt beim Selfcheckout Stichprobenkontrollen. Im Dezember 2025 hat die SVP erfolgreich – ich gratuliere auch noch – die Grenzschutz-Initiative eingereicht, und sie wirbt momentan auf der Homepage, das habe ich nachgeschaut: «Ja zu Kontrollen an der Schweizer Landesgrenze gegen die illegale Migration». Vielleicht noch zur FDP: Wir haben letztes Mal im Rat die Motion für bessere polizeiliche Wohnsitzkontrollen zur Steuergerechtigkeit überwiesen. Also, irgendwo besteht das Leben aus Kontrollen. Deswegen finde ich es interessant und auch etwas bedenklich, dass man gerade beim Autofahrer dann aber nicht so genau kontrollieren will. Ich finde es deshalb bedenklich, weil es meines Erachtens einen sehr sensiblen Bereich des Themas Verkehrssicherheit betrifft, mit besonders vulnerablen Personen. Oder, wenn ich es etwas überspitzt formuliere: Wenn die Billettkontrolle im Zug einmal nicht so gut funktioniert, ist es keine Gefahr an Leib und Leben. Beim Verkehr ist es das aber schon.

Eins möchte ich betonen: Radargeräte sind keine Schikane gegen Autofahrer. Sie sind aber sehr wohl eine Schikane gegen Raser und Personen, die sich nicht an unsere Verkehrsregeln halten. Denn all diejenigen, die sich an unsere Geschwindigkeitsregeln halten, haben ja nichts zu befürchten. Ich empfinde es eher als falsch verstandene Solidarität, dass man sich mit Rasern und Personen, die sich nicht an Geschwindigkeitsregeln halten, solidarisiert. Ich finde wirklich, zu hohes Tempo im Strassenverkehr ist kein Gentlemansdelikt. Klammer auf: Vor zwei Wochen stand ich mitten in der Nacht im Bett, weil ein solcher Raser bei uns die Strasse entlangfuhr.

Vielleicht noch ein letztes. Ich habe den E-Mail-Verkehr der heute auch anwesenden «IG Sichere Wege Muri-Gümligen» mit dem Jungfreisinn sehr interessiert und aufmerksam gelesen. Lieber Julien – es wurde ja auch von dir unterschrieben –, ich gehe jetzt nicht auf alle Argumente ein, aber du kannst danach gerne noch eine Replik machen. Ein Argument hat mich als Elternteil doch ein wenig getriggert: Die Belehrung von uns Eltern – das Problem sind eigentlich nicht die Autofahrer, sondern die Erziehung der Kinder betreffend Verkehrsregeln. Würde man die Kinder besser erziehen, hätten wir kein Problem. Das hat mich getriggert, weil ich dachte: Ausgerechnet der Jungfreisinn, bei dem der Anteil Erziehungsberechtigter nicht so hoch sein dürfte, will mir Erziehungstipps geben. Ich kann dir entgegen, Julien: Doch, wir, alle Eltern, nehmen dieses Thema sehr ernst. Von klein auf zeige ich meinen Kindern gelegentlich – ich kann es nicht die ganze Zeit machen: Hier hat es eine Kreuzung, fahr mit dem Trottinett nicht einfach über die Kreuzung. Es sind eben nicht nur wir Eltern. Es ist auch eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung beim Erziehen der Kinder. In den Schulen – das weiss ich und möchte es hier auch betonen – macht man einen ausgezeichneten Job.

Ich habe heute noch meinen grösseren Sohn Louis gefragt, was sie alles gemacht haben, und gehe es im Kurzraster schnell durch: Er hatte in der 5. Klasse eine Fahrradprüfung und holte die Silbermedaille; nicht die Goldmedaille, was natürlich noch besser gewesen wäre. Er hat in der 3. Klasse die Trottinettprüfung gemacht, in der 4. und der 5. Klasse Veloregeln lernen und praktisches Fahren, in der 4. Klasse Leuchtwesten-Competition und erst kürzlich die «Mit dem Velo in die Schule gehen»-Competition.

Der Umgang mit dem Strassenverkehr ist schlussendlich ein Reifeprozess. Das

möchte ich hier noch erwähnen. Er braucht Zeit, manchmal Jahre. Das ist die Spannung, die ich in der heutigen Gesellschaft sehe. Man fordert von unseren Kindern – ich finde, auch zu Recht, und finde es auch gut –, dass sie so schnell wie möglich autonom sind. Sodass die Kinder schon im Kindergartenalter autonom, alleine in den Kindergarten und später zur Schule gehen. Ich finde das fantastisch. Aber wenn sie, weil es eben auch ein Reifeprozess ist, nicht gleich alle Regeln beherrschen, auf die Eltern zu zeigen, finde ich schon etwas diskussionswürdig. Politik kann auch lustig sein. Jedenfalls fand ich lustig, was ich las. Ihr habt auch geschrieben, dass ihr eine Volksbefragung gemacht habt, wonach eine klare Mehrheit der Bevölkerung zusätzliche Radargeräte klar ablehnt. Diese Befragung würde mich schon noch interessieren. Ich weiss nicht, nach welchen wissenschaftlichen Standards sie gemacht wurde und ob nur Jungfreisinn-Mitglieder befragt wurden. Zumindest kam diese Volksbefragung bei mir nicht an. Ich hätte mich sicher für zusätzliche Radargeräte ausgesprochen. Und ich hoffe, dass ihr das heute Abend auch macht. Ich bitte euch in diesem Sinn, Lei zu halten und so, wie der Gemeinderat es auch macht, dieser Motion zuzustimmen. Herzlichen Dank.

Rolf Soder (FDP, Motionär): Ich möchte auch noch ganz kurz auf das Geschäft zu sprechen kommen, mit etwas anderen Punkten. Raphaël hat schon ein paar Dinge erwähnt, aber es gibt das eine oder andere, das ich ergänzen möchte. Beim E-Mail-Verkehr, in den wir fast alle ein wenig involviert waren, wurden gewisse Dinge geschrieben, die nicht stimmen oder die ich nicht so empfinde und zu denen ich mich äussern möchte.

Eine Aussage war: Semimobile Radargeräte haben mit Schulwegsicherheit nichts zu tun. Diese Aussage ist ganz klar falsch. Denn wenn man sich die Vorteile semimobiler Radargeräte für die Gemeinden anschaut, sind es: Flexibilität, gezielte Überwachung an neuralgischen Stellen und eben Schulwegsicherheit. Weiter die erhöhte Verkehrssicherheit: Durch Geschwindigkeitsüberwachung kann das Unfallrisiko reduziert werden. Dazu gibt es eine Studie aus Österreich, die zeigt, dass es bei den Delikten nach der Installation einer Anlage einen Rückgang um 69–87 Prozent gab. Ein weiterer Punkt ist der Lern- und Abschreckungseffekt: Die mobilen Radargeräte haben eine nachhaltige Wirkung, weil sie im Gedächtnis bleiben; sie können dazu beitragen, dass sich das Verhalten der Verkehrsteilnehmenden längerfristig ändert.

Beispiel Ostermundigen: Ein geschickter Einsatz kann neuralgische Punkte entschärfen und die gefahrenen Geschwindigkeiten senken.

Es gibt auch eine Effizienzkurve, die man messen kann. Die Erfahrung in Ostermundigen war, dass die Übertretungen während rund zwei Wochen auf dem anfänglichen Niveau blieben. Danach sank es rapide ab. Der Standort hatte sich herumgesprochen. Die Lenkenden passen die Geschwindigkeit gezielt an.

Ein weiterer Punkt war: Die neuen Radarfallen führen zu zusätzlicher Bürokratie und höheren Kosten für Verwaltung und Steuerzahlende. Auch diese Aussage ist falsch. Die administrativen Aufgaben werden mittels Vereinbarung mit der Gemeinde Ostermundigen geregelt, und die Kosten werden durch eine Fallpauschale bei den Ordnungsbussen abgedeckt.

Auch Wort Radarfalle erachte ich eigentlich als schlecht. Es wird dabei immer darauf hingewiesen, dass es eine Art Raubrittertum gibt und man nur Geld reinholen will. Das ist natürlich nicht die Meinung. Viele wissen es vielleicht nicht: Diese mobilen Radargeräte können wir nicht aufstellen, wo wir wollen. Beispielsweise kann ich ein solches Gerät nicht einfach zehn Meter nach einer Geschwindigkeitstafel aufstellen. Man muss Standortkonzepte erarbeiten, und der Kanton muss es absegnen. Dabei werden Punkte wie Schulwegsicherheit et cetera überprüft, und es ist in dem Sinn nicht willkürlich.

Das wären meine Ergänzungen. Aufgrund dessen wäre ich froh, wenn ihr dem Geschäft zustimmt. Merci.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Manuel Sager (forum): Ich beziehe mich im Folgenden auf das ursprüngliche Geschäft des Gemeinderats vom 21. Oktober 2025 und natürlich auch auf die vorliegende Motion. Die Frage ist: Haben wir in Muri-Gümligen ein Problem mit Geschwindigkeitsüberschreitungen? Dieses Problem kann quantitativer Natur sein, oder es kann qualitativer Natur sein. Quantitativer Natur: Gibt zu viele Geschwindigkeitsüberschreitungen? Und qualitativ bedeutet: Durch Geschwindigkeitsüberschreitungen, auch wenn es wenig wären, besteht ein zu hohes Sicherheitsrisiko.

Zuerst zur quantitativen Frage: Gibt es zu viele Geschwindigkeitsüberschreitungen? Ich zitiere den Gemeinderat in seinen Erläuterungen von letztem Herbst. Zitat: «Der Anteil der gebüsst oder verzeigten Fahrzeuglenkenden am Total aller Messungen liegt in der Gemeinde seit Jahren unter 5 Prozent, wobei Werte unter 10 Prozent von der Polizei als gut eingestuft werden. Muri bei Bern steht damit in der Agglomeration vergleichsweise gut da.» Ende Zitat.

Der Transparenz halber muss festgehalten werden, dass offenbar tatsächlich auf verschiedenen Strassenabschnitten und zu unterschiedlichen Kontrollzeiten Abweichungen nach oben bestehen. Der Gemeinderat spricht von einer Ahndungsquote von unter 5 Prozent. Genau genommen waren es im Jahr 2024 gemäss polizeilicher Statistik 3,34 Prozent. Im Jahr 2013 waren es noch 9,8 Prozent gewesen. Das heisst, die Situation hat sich innerhalb von 10 Jahren um das Dreifache verbessert.

Zum Vergleich: In Maienried lag die Quote bei 20,9 Prozent, in Mörigen bei 20,77 Prozent und in Petit-Val bei knapp 23 Prozent. Natürlich ist auch 3,34 Prozent eine relative Zahl. Für die einen ist es viel und für die anderen wenig. Für die Polizei ist es offenbar wenig. Interessant wäre natürlich auch zu wissen, wie sich die 3,34 Prozent zusammensetzen. Wäre statistisch jeder 30. Verkehrsteilnehmer in Muri-Gümligen ein Raser, dann hätten wir tatsächlich ein Problem. Falls Raser aber statistische Ausreisser sind, was zu vermuten ist, so stellt sich zwingend die Frage nach der Verhältnismässigkeit von Repressionsmassnahmen.

Zur qualitativen Frage: Bedeuten Geschwindigkeitsüberschreitungen, auch wenn es wenige sind, ein zu hohes Risiko für andere Verkehrsteilnehmer? Die Erläuterungen des Gemeinderats machen dazu keine konkreten Angaben. Man darf aber davon ausgehen, dass sich die akuten Sicherheitsrisiken beziehungsweise tatsächliche Schadensereignisse aufgrund von Geschwindigkeitsüberschreitungen in engen Grenzen halten. Sonst hätte der Gemeinderat sicher explizit darauf hingewiesen. Was bedeuten diese Überlegungen für das Abstimmungsverhalten unserer Fraktion? Das subjektive Empfinden ist bei uns uneinheitlich. Die einen werden ja stimmen, weil auch 3,34 Prozent als hoch genug erachtet werden, beziehungsweise weil sie gefühlt an Raserstrecken leben. Andere werden nein stimmen, weil sie 3,34 Prozent als zu wenig erachten, um repressive Massnahmen zu rechtfertigen. Und wiederum andere werden nein stimmen, weil sie sich fragen, ob es nicht auch weniger repressiv gegangen wäre. Zu denken wäre zum Beispiel an den vermehrten Einsatz von erzieherisch wirkenden Smiley-Geräten.

Aus demokratischer Sicht würde mich tatsächlich auch interessieren, auf welcher Grundlage der Gemeinderat zur Einschätzung kommt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung in Muri-Gümligen eine höhere Kontrolldichte befürworten würde. Bekanntlich melden sich bei den Behörden vor allem diejenigen, die mit einem Zustand nicht einverstanden sind. Das heisst aber noch lange nicht, wenigstens in der Theorie, dass sie eine Mehrheit bilden.

Abschliessend noch eine Bemerkung zur Finanzierung. Die Motionäre führen mit Berufung auf den Gemeinderat aus, ich zitiere: «Die Mehrkosten, die durch den Ressourcenvertrag und die Beschaffung der semimobilen Radargeräte entstehen, können grösstenteils über die Bussenerträge abgefangen werden.» Ende Zitat. Damit stellt sich die Frage, was denn eigentlich das Ziel dieser Radargeräte ist. Ist es die Abschreckung oder das Einziehen von Bussen? Die Abschreckung kann es nicht sein. Denn je besser die Abschreckung wirkt, desto weniger finanzieren sich die Radargeräte selbst. Das heisst, die Radargeräte würden sich nur rechnen, wenn sie ihre abschreckende Wirkung verfehlen. Das ist ein etwas eigenartiges Konzept. Ich fasse zusammen: Während die einen von uns in Muri-Gümligen wenigstens zu gewissen Zeiten und an gewissen Orten einen Missstand wahrnehmen, sehen andere Radargeräte als Lösung auf der Suche nach einem Problem. Geschlossen steht die Fraktion dagegen hinter der im nächsten Traktandum zu behandelnde Überprüfung der Schulwegsicherheit. Falls da Handlungsbedarf besteht, muss er so rasch wie möglich angegangen werden. Merci.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Wir Grünen haben diese Motion mit eingereicht, weil wir überzeugt sind, dass die mobilen Geschwindigkeitskontrollen wirken, weil sie flexibel eingesetzt werden können, an Orten, an denen die Einhaltung der Maximalgeschwindigkeit eben besonders wichtig ist. Diese Geräte steigern die Verkehrssicherheit. Davon ist auch unser Gemeinderat überzeugt. Gabriele hat es ausgeführt. Deshalb hat er uns dieses Geschäft letztes Jahr vorgelegt. Wir können heute Abend darüber befinden, ob wir mehr Verkehrssicherheit wollen oder nicht und ob es uns wichtig ist oder nicht.

Mich hat, ehrlich gesagt, weniger der Blick in die Statistik motiviert, wie Manuel nun für uns ausführlich dargelegt hat. Sondern mich prägt, dass ich Mutter zweier Kinder bin, dass ich selbst mit dem Velo und zu Fuss in unserer Gemeinde unterwegs bin und tagtäglich Beobachtungen mache. Aber auch, dass ich kontaktiert wurde von Personen in der Gemeinde, die sich auch Sorgen machen, und diese Sorgen nehme ich auch ernst.

Wir haben es schon gehört: Es gab einen E-Mail-Verkehr zwischen den Jungfreisinnigen und der «IG Sichere Wege Muri-Gümligen». Ich möchte deshalb auch drei Punkte aus diesem E-Mail-Verkehr aufgreifen, die uns Grünen wichtig sind.

Der Jungfreisinn schreibt, die Radargeräte ersetzen keine Verkehrserziehung. Raphaël ging schon ein wenig darauf ein. Ja, das ist logisch. Es braucht beides. Es braucht Verkehrserziehung. Es braucht aber eben auch Kontrollen, ob die Verkehrsregeln eingehalten werden. Ob ein Kind die Verkehrsregeln einhält oder eben ein schnelles Auto: Die Voraussetzungen im Strassenverkehr sind ungleich verteilt. Ich komme später darauf zurück.

Verkehrserziehung allein bringt überhaupt nichts, wenn sich die Autofahrerinnen und Autofahrer nicht an die Regeln halten. Zu dem, was Personen in unserer Gemeinde tagtäglich beobachten, möchte ich euch ein kleines Beispiel geben. Dazu gibt es auch schöne Fotos. Es ist die Thunstrasse. Dort hat man für mehr Verkehrssicherheit etwas an der Infrastruktur gemacht. Man hat nämlich Mittelinseln gebaut, sodass die Kinder nicht den ganzen Fussgängerstreifen auf einmal überqueren müssen, sondern bis zur Mittelinsel gehen können, dort noch einmal schauen können und dann über die Strasse gehen. Es gibt aber Autofahrerinnen und Autofahrer, die nicht warten wollen, wenn sich der Verkehr staut, und in dieser Stauphase auf der Gegenfahrbahn überholen und so die Mittelinsel umfahren. Das sind Situationen, die mehrfach beobachtet wurden. Was wollt ihr da einem Kind sagen, Verkehrserziehung bringt alles? Die Einhaltung der Verkehrsregeln zu kontrollieren und in dem Sinn auch die Geschwindigkeit, die auf einem Strassenabschnitt gefahren werden darf, ist eine sehr wichtige Massnahme. Damit komme ich zum zweiten Punkt. Der Jungfreisinn schreibt: «Ein Auto, ein Motorrad oder auch ein Velo bleibt einem Kind physisch überlegen, unabhängig

davon, ob es 30, 40 oder 45 Stundenkilometer fährt.» Das ist eine fatale Aussage. Die Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU) schreibt nämlich: «Mit der Erhöhung der gefahrenen Geschwindigkeit steigt das Unfallrisiko und die Unfallschwere nicht linear, sondern exponentiell.» Das heisst, die Unfallschwere und das Unfallrisiko nehmen mit jedem Stundenkilometer, den ein Auto schneller fährt, drastisch zu. Deshalb ist die Kontrolle der Einhaltung der Maximalgeschwindigkeit so wichtig für die Verkehrssicherheit.

Beim letzten Punkt bin ich mit dem Jungfreisinn absolut einverstanden, wenn er schreibt: «Der Verkehrsraum gehört allen, aber er funktioniert nur, wenn Regeln gekannt und eingehalten werden.» Ja, absolut. Das unterschreibe ich sofort. Es geht nämlich bei diesen Radargeräten nicht um repressive Massnahmen, sondern es geht nur um eine Massnahme zum besseren Einhalten von geltenden Regeln. Offenbar setzt der Jungfreisinn lieber auf Freiheit und Eigenverantwortung. Dagegen möchte ich mit Kant kontern: Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt.

Ich glaube, wenn wir an unsere schwächsten Verkehrsteilnehmer denken, müssen wir sagen: Die mobilen Radargeräte sind ein wirksames und wichtiges Instrument. Sie sind keine Schikane oder Freiheitsräuber, sondern helfen, sicherere Strassen in unserer Gemeinde zu bekommen. Wer nur auf Eigenverantwortung setzt, ist in unseren Augen unverantwortlich. Es verträgt im Verkehr nämlich nicht viel. Das wissen wir alle. Das belegen auch die Unfallzahlen. Deshalb bitten wir euch, heute Abend diese Motion zu überweisen.

Andreas Matter (SVP): Ich bin jetzt 18 Jahre Pächter im Bodenacker, und mir wäre nie zu Ohren gekommen, dass es oben in den Quartieren von Muri einen grösseren Verkehrsunfall gegeben hätte. Ich fahre relativ viel rauf und runter. Mit dem Traktor betrifft es mich eigentlich nicht so stark, denn der kleinere fährt eh nur 30 Stundenkilometer; mit dem grösseren, der 40 Stundenkilometer fahren könnte, erreiche ich, wenn Lasten angehängt sind, über die Kreuzungen und um die Autos herum selten mehr als 25 Stundenkilometer.

Aber ich bemitleide schon heute die systemrelevanten Berufe. Allen voran der Handwerker, aber auch alle Zulieferdienste, die uns tagtäglich mit Produkten versorgen, zirkeln schon heute durch diese Autos und parkieren dann noch halb illegal auf den Trottoirs, und jetzt legen wir ihnen noch einmal einen Stein in den Weg, indem wir sie auch noch kontrollieren. Das sind keine Raser. Ich weiss es von mir selbst. In der 30er-Zone muss man sich unerhört konzentrieren, um nicht 32, 33 Stundenkilometer zu fahren. Ich behaupte, der grösste Teil der Bussgelder in den 30er-Zonen sind genau diese Zulieferer und Kurierdienste, über die wir doch alle froh sind.

Meine Frau könnte ein Liedchen davon singen. Sie fährt nämlich seit zwei Jahren beim Behindertentransport Betradi. Sie führt am Montag und Dienstag die Kinder zusammen. Es sind keine behinderten, sondern verhaltensauffällige Kinder. Diese muss sie abholen, zur Schule bringen und abends wieder zurück. Auch sie rast nicht. Sie ist unterwegs. Diese Kinder sind Zwaspel und Zwirbel, wollen sich nicht angurten, man konzentriert sich kurz nicht. Das ist ihr schon x-mal bei einem stationären Radargerät in Liebefeld passiert – peng, 40 Fränkli weg. Das ist nicht viel. Aber wenn es drei-, viermal im Monat passiert, sind es eben doch 160 Franken. Das Fazit am Abend ist: «Es war ein schlechter Tag, und wir bekommen später wohl noch einen Brief. Ich hoffe, 40 Franken reichen aus.» Und vor allem: «Muss ich mir das in Zukunft überhaupt noch antun?». Also: Denkt an die systemrelevanten Berufe.

Für mich als Familienvater von drei Kindern sind sichere Schulwege auch sehr wichtig. Die zwei älteren gingen hier noch drei Jahre in das Schulhaus Moos. Es ist eigentlich das am weitesten weg gelegene Schulhaus. Aber wir waren als Eltern auch in der Pflicht, sie auszubilden und ihnen das nötige Rüstzeug zu geben. Wir haben es ihnen immer gesagt. Schon im Kindergartenalter gingen wir hoch zur

Kreuzung beim Sternen und haben es mit ihnen geübt. Man hat ihnen immer gesagt: «Auch wenn ihr auf dem Fussgängerstreifen Vortritt habt oder bei Grün auf der Kreuzung: Das Auto und der Lastwagen sind stärker. Schaut besser zwei-, dreimal zu viel als einmal zu wenig. Es nützt euch nichts, wenn ihr mit schweren Verletzungen im Spital liegt und sagen könnt, ihr hättet Vortritt gehabt.»

An dieser Stelle, werte Anwesende: Die Fraktion SVP wird der Motion nicht zustimmen; und denkt, wie gesagt, an die systemrelevanten Berufe wie eben Kurierdienste. Das sind keine Raser. Sie sind tagtäglich in den Quartieren, vergessen sich kurz ein wenig – peng, 40 Fränkli sind weg. Merci für die Aufmerksamkeit.

Weitere Wortmeldungen

Patricia Messerli (forum): Manuel hat es vorhin gesagt, unsere Fraktion ist gespalten. Deshalb erlaube ich mir, hier noch ein Einzelvotum zu halten. Ich bin selbst Velofahrerin und fahre sehr selten Auto. Die meisten Fahrten hier in der Gemeinde mache ich mit dem Velo. Und ja, ich fühle mich oft gestresst durch die Autos und Lastwagen und manchmal auch durch die schnellen E-Bikes, von denen man überholt wird. Ich meine die mit dem 45er-Schild.

Tagsüber, da muss ich Res etwas widersprechen, habe ich nicht das Gefühl, das Tempo werde nicht eingehalten. Wenn es viel Verkehr hat, halten sich wohl alle an die Regeln, und dann kann man bei uns in der Gemeinde in der Regel auch nicht zu schnell fahren. Aber wenn man am Morgen früh oder am Abend spät in unserer Gemeinde unterwegs ist oder am Wochenende, wenn es eben wenig Verkehr hat, werde ich in den Quartieren oder auf den geraden Strassen – Franziska hat es vorhin auch gesagt –, auf der Thunstrasse oder auf der Worbstrasse sehr oft überholt. Und ich habe subjektiv den Eindruck, die Autos fahren dann mehr als die erlaubten 30 oder 50 Stundenkilometer. Es geht nicht bloss um zwei oder drei Stundenkilometer, sondern es wird wirklich aufs Gas gedrückt und überholt. Das ist etwas, was mich verunsichert.

Ich möchte dazu noch sagen, dass es hier nicht um Raser geht. Raser haben wir in der Gemeinde wahrscheinlich nicht. Denn ein Raser ist zum Beispiel jemand, der in einer 30er-Zone 70 Stundenkilometer fährt oder in einer 50er-Zone 100 Stundenkilometer. So viele Tempoüberschreitungen haben wir nicht. Aber es geht um die, die mehr als 3 oder 4 Stundenkilometer, nämlich vielleicht 10 Stundenkilometer zu schnell fahren. Das ist meiner Meinung nach ein Problem. Wir haben viel über Zahlen gehört. Ich möchte hier nicht über Zahlen sprechen. Denn jeder interpretiert diese Zahlen anders. Wenn wir über Verkehrssicherheit sprechen, geht es in erster Linie um Menschen. Es geht um Kinder, die jeden Morgen zur Schule gehen und nicht immer begleitet werden sollen und auch nicht immer begleitet werden möchten. Es geht um Familien, die in unseren Quartieren leben. Und es geht eben auch um Velofahrerinnen und Velofahrer, die jeden Tag unterwegs sind.

Es gibt eine Studie der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU). Darin steht: «Semistationäre Geschwindigkeitsmesssysteme können über mehrere Tage oder Wochen betrieben werden und entfalten dadurch eine nachhaltige präventive Wirkung.» Meiner Meinung nach geht es genau darum. Diese Anlagen wirken nicht nur, wenn sie blitzen. Sie wirken, weil eben das Verhalten der Autofahrer geändert wird.

Ich zitiere noch einen zweiten Satz aus dieser Studie: «Die Kontrollerwartung ist ein zentraler Wirkmechanismus der Geschwindigkeitsüberwachung.» Wenn die Standorte wechseln, und bei den semimobilen Geschwindigkeitsmessern, die wir hier anschaffen möchten, ist es so, weiss niemand genau, wo die nächste Kontrolle ist. Dadurch entsteht genau die Kontrollerwartung, die von der BFU genannt wird und die gut ist. Plötzlich wird nämlich nicht nur vor dieser Anlage langsam gefahren,

sondern im ganzen Quartier oder auf dem gesamten Gemeindegebiet. Das schützt alle, die dort unterwegs sind.

Die Radaranlagen sollen also nicht als Strafe für Autofahrer angeschafft werden, sondern als Schutz für unsere Bevölkerung. Sie behindern die Autofahrerin oder den Autofahrer nicht. Wer nämlich korrekt fährt, bezahlt keinen Rappen mehr und hat auch nichts zu befürchten.

Deshalb werden ich und ein paar andere aus unserer Fraktion dieser Motion zustimmen. Merci.

Julien Reich (JF): Ja, Verkehrssicherheit ist uns wichtig, und auch Schulwegsicherheit ist sehr wichtig. Ja, das müssen wir ernstnehmen. Das ist doch klar. Und ja, dort, wo Gefahren bestehen, müssen wir das Ganze behandeln und abrunden. Aber genau deshalb müssen wir diese Motion heute Abend ablehnen. Denn wer behauptet, es gehe hier primär um Schulwegsicherheit, der argumentiert schlichtweg falsch. Denn ein Schulkind verbringt maximal zwei Stunden pro Tag und maximal fünf Tage pro Woche auf dem Schulweg, und dann hat es noch 13 Wochen Ferien pro Jahr. Aber diese Motion fordert Radargeräte, die 24/7 in der Woche rumstehen und dann noch ein wenig den Standort ändern, und das ohne Schulferien. Dies ausdrücklich so, dass sie überall dort stehen, wo kontrolliert werden kann und Bussen verteilt werden können.

Das hat mit gezielter Schulwegsicherheit nichts zu tun. Das ist ein flächendeckender Ausbau staatlicher Kontrolle. Wenn es den Motionären wirklich ernst mit den gefährlichen Schulwegen wäre, müssten heute ganz andere Themen auf dem Tisch liegen. Zum Beispiel müsste man über die Aebnitstrasse sprechen, wo mit 40 Stundenkilometern direkt vor dem Schulhaus durchgefahren wird, oder über den Bersetweg, wo alle Kinder aus dem Thoracker ins Melchenbühl laufen und Tempo 50 gilt, und es hat nicht einmal Trottoirs. Aber nein, das sind ja keine Probleme. Wir sprechen über Radarfallen, die alle schikanieren.

Genau deshalb unterstützen wir die nächste Motion zur Prüfung der Schulwegsicherheit. Bei dieser schaut man hin, wo die Probleme sind, damit man dann auch weiss, welche Probleme man lösen muss. Denn seien wir ehrlich: Ein Radargerät ersetzt keine vernünftige Verkehrsplanung, und ein Radargerät ersetzt auch keine Infrastruktur, und ein Radargerät ersetzt erst recht nicht die Vernunft der Verkehrsteilnehmer und auch keine vernünftige Erziehung der Kinder.

Als ich noch zur Schule ging, war in den meisten Quartieren noch ein 50er. Auf der Thunstrasse, auf der Worbstrasse und auf der Thorackerstrasse konnte man sogar mit 60 Stundenkilometern fahren. Und trotzdem leben wir alle noch. Wir kamen gut in die Schule und auch gut wieder zurück nach Hause. Nicht, weil die Welt damals ungefährlicher gewesen wäre. Sondern weil uns Kindern damals noch etwas beigebracht wurde: «Warte, luege, lose, loufe». Und vor allem: Ein Auto, egal, wer Vortritt hat, ist einfach immer stärker als ein Fussgänger. Das nennt man Eigenverantwortung, und man nennt es Erziehung. Das ist einzig und alleine Vernunft. Heute hingegen erleben wir zunehmend eine Mentalität, bei der jede Verantwortung an den Staat delegiert werden soll, noch mehr Kontrolle, noch mehr Überwachung und noch mehr Regulierung gefordert werden.

Deshalb sollen wir schlussendlich deutlich über CHF 0,5 Mio. für ein paar Radargeräte ausgeben. Das ist doch absurd. Besonders absurd wird es, wenn man bedenkt, dass es in den letzten Jahren keine Unfälle auf dem Schulweg gab.

Gleichzeitig zeigen Messungen immer wieder, dass die Durchschnittsgeschwindigkeiten auf den Strassen in unserer Gemeinde meist unter dem Tempolimit liegen. Klar gibt es einzelne Ausreisser, und klar muss man diese büssen, wenn man sie auf frischer Tat ertappt. Aber auch ein Überholen um eine Verkehrsinsel herum fotografiert ein Radargerät übrigens nicht. Also, auch dagegen bietet es keine Abhilfe.

Wir bekämpfen hier also kein reales Sicherheitsproblem, sondern wir schaffen einen neuen Kontrollapparat.

Ich möchte jetzt auch noch einmal meinen Parteikollegen unsere liberalen Grundsätze in Erinnerung rufen. Nämlich: Weniger Staat, mehr Freiheit, mehr Eigenverantwortung statt Bevormundung. Wer heute dieser Motion zustimmt, stimmt nicht einfach einem technischen Gerät zu. Er stimmt einem weiteren Schritt hin zu mehr Überwachung und mehr Kontrolle zu. Dies finanziert durch den Steuerzahler und durch die Autofahrer. Das hat nichts mit Sicherheit zu tun und rein gar nichts mit unserem liberalen Geist.

Ich sage es jetzt ganz offen: Sollte diese Motion heute trotz allem angenommen werden, dann wird der Jungfreisinn die spätere Kreditvorlage mit aller Konsequenz politisch bekämpfen, und das bis hin zum Referendum. Denn wir sind überzeugt, dass die Mehrheit der Bevölkerung von Muri-Gümligen keine zusätzlichen Radarfallen will, und schon gar nicht auf Kosten des Steuerzahlers.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Sicherheit erreicht man nicht durch Symbolpolitik. Sicherheit erreicht man nur durch gezielte Massnahmen, dort, wo echte Gefahren bestehen. Deshalb bitte ich euch jetzt um etwas, das manchmal leider etwas zu kurz kommt: «Warte, lose, danke», – und bitte nein zu diesem Geschäft stimmen. Merci.

Gabriele Siegenthaler Muinde (Gemeinderätin): Merci vielmals für die engagierte und differenzierte Diskussion. Aus Sicht des Gemeinderats ist, wie bei allen Geschäften, die Frage: Was kostet es, und was bringt es? Die Kosten sind in diesem Fall, obwohl wir eigentlich zuerst eine Investition tätigen müssen, im gesamten Betrachtungszyklus relativ tief. Was bringt es? Es ist erwiesen, dass solche Radargeräte die Verkehrssicherheit nachhaltig verbessern können. Es ist wahrscheinlich die wirksamste Einzelmassnahme. Die Frage ist natürlich, ob der aktuelle Schadensindikator die richtige Messgrösse ist, um zu schauen, welches der Mehrwert ist. Ich bin nicht ganz sicher. Das sehen wir in anderen Gebieten, sobald tatsächlich etwas Gröberes passiert und es darauf zurückzuführen sein sollte, dass irgendwer in einem Abschnitt zu schnell fuhr.

Statistiken und Zahlen kann man unterschiedlich interpretieren, damit bin ich absolut einverstanden. Ich sehe auch, dass man es so oder so sehen kann. Aber die Frage ist prospektiv, was wir in Hinblick darauf gemacht haben. Denn es besteht eben ein Risiko, auch wenn sich dieses zum Glück nicht sehr häufig aktualisiert. Aber es schliesst nicht aus, dass es in Zukunft nicht so weitergehen wird.

Noch kurz etwas zum Thema Freiheit. Sie wurde heute häufig genannt. Ich möchte zusätzlich das Stichwort Gleichbehandlung in den Raum stellen. Wir haben Regeln, die eigentlich für alle gelten, unabhängig davon, ob man sich frei fühlt oder nicht. Die Frage ist einfach: Wollen wir, dass sich alle an diese Regeln halten? Oder soll man trotzdem noch ein wenig auswählen können?

Aber heute ist die Frage nicht vor allem: Dürfen wir oder nicht? Sondern die Frage ist: Wollen wir, oder wollen wir nicht? Mit der Überweisung der Motion würden wir quasi in eine nächste Diskussionsrunde einsteigen, und sonst wäre es für den Moment einmal ein Schlusspunkt – und ich mache jetzt auch einen. Merci vielmals.

Raphaël Racine (SP, Motionär): Thomas, du schüttelst den Kopf, aber keine Angst, es dauert nicht lange. Ich wollte kurz eine Replik auf Julien geben, was die Schulwegsicherheit oder die Aufenthaltsdauer der Kinder auf dem Schulweg anbelangt. Die Situation wird vielleicht etwas verkannt. Das kann ich aus meinem Quartier, das zufälligerweise auch gerade deins ist, erzählen: Schulweg ist das eine. Aber wenn meine Kinder den Hauseingang verlassen, sind sie auf der Strasse. Heutzutage ist der Aufenthalt der Kinder nicht nur der Schulweg, also von zuhause bis zur Schule. Sondern die Strasse ist eigentlich ihr Spielort. Und es ist auch ihr Verkehrsort. Man hat gerade über die Schulen natürlich Kontakt zu verschiedenen Quartieren. Meine Kinder gehen oft vom Melchenbühlquartier beispielsweise in den Thoracker oder umgekehrt. Dabei werden sehr viele Strassen ausserhalb der Schulzeiten gequert. Dies zu den 60er-Jahren, die du zitiert hast. Vielleicht hat das

auch etwas geändert. Die Strasse ist auch Aufenthaltsort und Spielort, nebst dem, dass sie natürlich primär ein Verkehrsort ist.

Kein Rückkommen.

Beschluss (20 Ja / 15 Nein / 1 Enthaltung)

Die Motion «Mehr Verkehrssicherheit durch semimobile Radargeräte» wird überwiesen.

Die Vorsitzende: Ihr klopfst freudig auf den Tisch. Diese Reaktion erstaunt mich. Es ist eine Abstimmung.

7. **Motion Grüne, SP, forum: «Schulwege auf Sicherheit prüfen»**

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Der Gemeinderat beantragt die Überweisung der Motion. Für den Gemeinderat spricht erneut Gabriele anstelle von Markus Bärtschi.

Gabriele Siegenthaler Muinde (Gemeinderätin): Ich fasse mich sehr kurz. Diese Motion rennt beim Gemeinderat sozusagen offene Türen ein. Ihr habt es gelesen. Wir haben schon in den Legislaturzielen das Thema Verkehrssicherheit im Fuss- und Velowegnetz sowie die Attraktivität. Das ist eine Aufgabe, die wir uns selbst gestellt haben. Diese Motion passt wunderbar in dieses Arbeitsschema. Mehr möchte ich im Moment nicht dazu sagen. Der Antrag lautet auf Überweisung der Motion, damit wir auch darüber berichten können. Merci.

Franziska Grossenbacher (Grüne, Motionärin): Ich spreche einerseits für die Motionärinnen und andererseits auch gleich für die Grüne Fraktion. Wir sind sehr erfreut, dass der GR die Motion positiv aufnimmt und die Überweisung beantragt. Dass unsere Schulwege auf Sicherheit überprüft werden, ist wichtig und dringend.

Ich möchte euch kurz eine Anekdote erzählen. Ich habe mich im März 2025 dem Thema Schulwegsicherheit angenommen. Dies aufgrund von persönlicher Betroffenheit, aber auch aufgrund von Kontakten, die hergestellt wurden. Ich habe angefangen, zu recherchieren, wann die Gemeinde das Thema zum letzten Mal behandelt hat, und stiess eben auf den Bericht des Verkehrsbüros Steiner aus dem Jahr 2010. Der Bericht war aber im Internet nicht vollständig auffindbar. Die Massnahmenblätter, also eigentlich das Interessante dieses Berichts, hat gefehlt. Dann habe ich auf der Gemeinde bei unserer pensionierten Gemeindeschreiberin nachgefragt, ob sie mir den Bericht vollständig herausgeben könnte. Er war im Archiv der Gemeinde nicht mehr auffindbar. Man musste dann das Verkehrsplanungsbüro Steiner kontaktieren, und dieses fand in seinem Archiv den vollständigen Bericht noch. Ich habe ihn mit Interesse gelesen und habe ein wenig mit dem Perimeter verglichen, den ich gut kenne. Was wurde damals analysiert? Und wie sieht es heute aus?

Beispielsweise wurden damals als Sofortmassnahmen für die Thorackerstrasse vorgeschlagen: Bei der Fussgängerquerung zum Seidenberggässchen einen Robidog, der sehr ungünstig platziert ist und der die Sicht einschränkt; und es hat eine Infotafel der Gemeinde, auf der es lustigerweise jeweils Plakate zur Unfallverhütung hat, die auch sehr ungünstig steht, weil sie nämlich den Blick auf wartende Fussgängerinnen einschränkt. Man kam damals zum Schluss, dass man diese beiden Geräte dringend umplatzieren sollte – und sie stehen noch heute genau am selben Ort.

Das hat mich motiviert, etwas zu tun. Ich denke, es ist wirklich dringend, dass wir

uns die Schulwege in unserer Gemeinde noch einmal anschauen. Dies auch aufgrund der Tatsache, dass sich aufgrund der Stufenzusammenführung für unterschiedliche Altersklassen auch neue Schulwege ergaben.

Ich möchte bei aller Freude, die wir haben, dass der Gemeinderat diese Aufgabe nun angehen will, dem Gemeinderat noch ein paar Erwartungen oder auch Wünsche für die Umsetzung mit auf den Weg geben. Wichtig ist sicher, dass man bei der Analyse aus dem Jahr 2010 ansetzt, aber auch die geänderten Rahmenbedingungen einbezieht, seien es Verkehrsregeln und Möglichkeiten, aber auch die Rahmenbedingungen in unserer Gemeinde, die sich geändert haben. Wichtig ist auch, dass es einen partizipativen Prozess gibt, also dass man die Bevölkerung einbezieht, die Leiste, aber auch die Eltern, die Quartiere und so weiter.

Wichtig ist auch, dass man Elterntaxis einbezieht. Darüber könnte ich aufgrund meiner eigenen Beobachtungen jetzt lange sprechen. Die Elterntaxis sind auf dem Schulweg ein sehr grosser Gefahrenherd. Wer es nicht glaubt, soll sich einmal zwischen 8 Uhr und 8.30 Uhr vor eines unserer Schulhäuser der Unterstufe begeben und dort die spektakulären Manöver, die gemacht werden, beobachten. Es ist unglaublich gefährlich. Wenn die Gemeinde dann auf den Trottoirs Pfosten aufstellt, halten die Autos einfach direkt auf der Strasse an und versperren den Schülerinnen, die mit dem Velo kommen, den Weg. Es ist wirklich ein dringendes Thema, bei dem Patentlösungen sicher schwierig sind, aber von dem wir das Gefühl haben, man muss es unbedingt mit anschauen.

Nicht einverstanden sind wir mit der Einschätzung des Gemeinderats, dass man jetzt zuerst die Umsetzung der flankierenden Massnahmen abwarten müsse und sogar noch die Wirkung dieser flankierenden Massnahmen, bis man etwas tut. Wir haben das Gefühl, die Schulweganalyse kann jetzt sofort angegangen werden. Denn was man mit den flankierenden Massnahmen will, welche Temporegimes es sein sollen – übrigens ist bei der Aebnitstrasse, die Julien erwähnt hat, eine 30er-Zone geplant – ist leider wegen Beschwerden blockiert. Wir finden es falsch, wenn man die Beschwerdeverfahren, die sich ja noch beliebig in die Länge ziehen können, abwartet, bis man die Schulweganalyse in Angriff nimmt.

Als Letztes finden wir es wichtig, dass man ein Verkehrsplanungsbüro einbezieht oder bezieht, das auf diesem Gebiet Erfahrung hat. Ich könnte eine Empfehlung für das Büro Metron aussprechen. Es hat eine eigene Webseite, schulwegsicherheit.ch, mit sehr vielen Referenzprojekten. Ich denke, das wäre ein sehr kompetenter Partner für die Zusammenarbeit.

Ich möchte noch kurz etwas zu dem sagen, was vorhin gesagt wurde: Es habe in unserer Gemeinde keine Unfälle mit Schulkindern mehr gegeben. Auf dem Geoportal des Bundes kann man sich unter map.geoportal.admin.ch die Unfallzahlen auf jedem Strassenabschnitt anzeigen lassen, zurück bis ins Jahr 2011. Man kann sich anschauen, wie viele Unfälle mit Personenschäden, mit Fussgängerinnen, mit Velofahrenden es sind. Ein Blick in dieses Portal lohnt sich. Dort sieht man, dass auch in unserer Gemeinde sehr wohl Unfälle passieren. Ich danke euch für die Überweisung dieser Motion.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten. – Keine Wortmeldungen. Kein Rückkommen.

Beschluss (32 Ja / 1 Nein / 3 Enthaltungen)

Die Motion Grüne, SP, forum: «Schulwege auf Sicherheit prüfen», wird überwiesen.

8. Informationen des Gemeinderats und der parlamentarischen Kommissionen

Carole Klopstein (Gemeinderätin): Ich möchte darauf hinweisen, dass am 31. Mai «Open House Melchenbühl» stattfindet. Es ist in die ganze «Open House»-Organisation, die schweizweit stattfindet, eingebettet. Ihr habt die Möglichkeit, mit einer Anmeldung an einer Führung im inzwischen sanierten Schulhaus teilzunehmen. Der Leist bereitet zudem noch einen Sonntagsapéro vor.

Von den Informationen des Gemeinderats wird Kenntnis genommen.

Mitteilungen

Die Vorsitzende: Die nächste Sitzung findet am 23. Juni 2026 statt. Ich danke allen für ihr engagiertes Mitmachen. In der Junisitzung wird das forum den Apéro offerieren. Heute ist es von der FDP.Die Liberalen gespendet, besten Dank für diesen Apéro. Ich wünsche viele anregende Gespräche und schliesse die Sitzung.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

PARLAMENT MURI BEI BERN

Die Präsidentin:

Die Protokollführerin:

Gaby Grossen

Corinne Schweizer

Anhang

9. Neue parlamentarische Vorstösse

Postulat Zaccaria (SP), Legler (SP): «Prüfung des Bedarfs an Massnahmen zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde Muri-Gümligen»

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, ob die bestehenden Angebote zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde Muri-Gümligen den aktuellen Bedarf ausreichend abdecken. Falls ein Handlungsbedarf festgestellt wird, ist aufzuzeigen, mit welchen geeigneten Massnahmen diesem begegnet werden kann.

Begründung

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist eine zentrale Voraussetzung für ihre persönliche Entwicklung, ihre Bildungsbiografien und ihre gesellschaftliche Teilhabe. Gemeinden tragen dabei eine wichtige Mitverantwortung, da sie zentrale Lebensbereiche wie Schule, Familie, Freizeit und soziale Unterstützung mitgestalten.

Aktuelle Studien und Berichte zeigen deutlich, dass psychische Belastungen bei jungen Menschen in der Schweiz verbreitet sind und in den letzten Jahren zugenommen haben:

- Rund 13 bis 20 % der Kinder und Jugendlichen leiden an psychischen Störungen; zusätzlich zeigt etwa ein Viertel leichtere psychische Probleme¹
- Eine UNICEF-Studie kommt zum Schluss, dass ein Drittel der Jugendlichen von psychischen Problemen betroffen ist²
- Ebenfalls etwa ein Drittel der Kinder und Jugendlichen steht unter hohem Stress, häufig ausgelöst durch schulische Anforderungen, Leistungsdruck oder soziale Faktoren³
- Studien zeigen zudem, dass die psychische Belastung in den letzten Jahren weiter zugenommen hat und teilweise bereits bis zu 30 % eines Jahrgangs betrifft⁴
- Diese Entwicklungen werden durch gesellschaftliche Veränderungen verstärkt etwa durch Leistungsdruck, digitale Medien oder globale Krisen – und stellen Schulen, Familien und Institutionen vor neue Herausforderungen.

Fachstellen und Forschung betonen deshalb die Bedeutung von frühzeitiger Prävention, niederschwelliger Unterstützung und guter Koordination der Angebote, insbesondere im schulischen Umfeld. Gleichzeitig besteht in der Schweiz weiterhin eine unzureichende Datenlage, um den Bedarf lokal präzise einschätzen und Angebote gezielt weiterentwickeln zu können.⁵

¹ Psychische Gesundheit (2024): Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ

² Psychische Gesundheit von Jugendlichen: unicef.ch

³ Stress-Studie: Ein Drittel der Kinder ist gestresst: Pro Juventute

⁴ Kinder und Jugendliche leben seit zehn Jahren in einer Dauerkrise; UZH News: UZH

⁵ Psychische Gesundheitskompetenz von Lehr- und Betreuungspersonen: ZHAW Gesundheit

Auch in der Gemeinde Muri-Gümligen bestehen verschiedene Angebote und Strukturen – insbesondere im Bereich Schule, Schulsozialarbeit, Jugendarbeit sowie in Zusammenarbeit mit kantonalen Fachstellen. Unklar ist jedoch, wie diese Angebote im Zusammenspiel wirken und ob sie den aktuellen und zukünftigen Bedarf umfassend abdecken.

Vor diesem Hintergrund erscheint es angezeigt, eine systematische Prüfung vorzunehmen, welche:

- die aktuelle Situation und Entwicklung in der Gemeinde beleuchtet,
- bestehende Angebote und Zuständigkeiten einordnet,
- mögliche Versorgungslücken oder Koordinationsbedarfe sichtbar macht,
- und eine Grundlage für verhältnismässige und zielgerichtete Massnahmen schafft.

Gümligen, 19. Mai 2026

A. Zaccaria, V. Legler

M. Koelbing, L. Arnold, N. Zurlinden, M. Zwahlen, S. Fankhauser, R. Racine, C. Engel, P. Messerli, F. Kearns, B. Legler, A. Müller Kearns, R. Lauper, R. Soder, S. Anliker, M. Sager, F. Grossenbacher, H. Beck (19)

Interpellation Grüter (SVP): «Werbedienstleistungen für Nahestehende?»

Sachverhalt

Mit Poststempel vom 20. April 2026 habe ich in einem Umschlag der Gemeinde Muri ein Schreiben mit Werbematerial des Fechtclub Bern, datiert vom 05. April 2026 in Ittigen, erhalten.

Der Gemeinderat wird ersucht, dazu folgende Fragen zu beantworten

- Wer hat diesen «Auftrag» gegeben?
- Warum?
- Wer hat die der Gemeinde klarerweise erwachsenen Kosten getragen (Personalkosten für die Verpackung, Portokosten)?
- Aufgrund welcher Bestimmungen, bzw. bei fehlenden Bestimmungen, aufgrund welcher Überlegungen übernimmt die Gemeinde Werbeversände für Dritte?
- Welche Dritte können in den Genuss dieser Werbedienstleistung kommen?
- Findet der Gemeinderat, die Gemeinde könne nach Belieben für ausgesuchte, nahestehende Dritte Werbeversände vornehmen?
- Wo bleiben da die Grundsätze der Sparsamkeit der Verwaltung und der Rechtsgleichheit?

Die Stellungnahme von Katja Schönholzer an Raphael Racine von 22. April 2026 ist mir zugegangen. Sie befriedigt in keiner Weise.

Begründung

Es ist – mangels entsprechender reglementarischer Grundlage – nicht Sache der Gemeindeverwaltung, für ausgesuchte Private Werbedienstleistungen zu erbringen. Die dadurch verursachten Kosten (Personalkosten, Drucksachen, Porti) dürfen nicht, nur weil es sich um eine Person mit «Beziehungen» zur Gemeindeverwaltung handelt, von der Gemeinde übernommen werden.

Wer die Parlamentsmitglieder ansprechen will, kann dies aufgrund der publizierten Liste ohne weiteres tun. So habe ich soeben einen Hinweis des ehemaligen Parlamentsmitglieds Jo Brunner erhalten, welcher auf eine Ausstellung im Bärtschihus aufmerksam macht – soweit ich ersehen kann, ohne Einsatz von Personal und anderen Ressourcen der Gemeinde.

19. Mai 2026

U. Grütter

R. Racine, Th. Balmer, J. Reich, R. Weibel, Ch. Siebenrock, R. Mäder, R. Lauper, A. Bless, A. Althaus Stämpfli, B. Legler, L. Held, M. Koelbing, M. Zwahlen, S. Fankhauser, C. Engel (16)

Interpellation Grütter (SVP): «Fernwärmeprojekt 2. Etappe, Pumpversuch»

Der Gemeinderat wird ersucht, über das weitere Vorgehen in Sachen Fernwärmeprojekt der gbm zu orientieren. Er wird ersucht, Bericht zu erstatten über die gewählte Abfolge der nächsten Schritte, deren fachtechnische Begründung und ihre finanziellen Folgen.

Insbesondere ist über die Belastbarkeit der vermuteten Wärmequelle «Tiefengrundwasser» zu orientieren und über die zur Verifikation dieser Belastbarkeit getroffenen Massnahmen.

Begründung

Nachdem nun das Projektaudit der «EVU Partners» vorliegt, ist vorab festzuhalten, dass bisher nur festgestellt wurde, dass Tiefengrundwasser vorhanden ist. Es wurde aber noch nicht festgestellt, ob die geplante Wärmemenge tatsächlich entnommen werden kann. Es wird auf die Empfehlung der «EVU Partners» im Bericht vom 18. Dezember 2025 auf S. 18 verwiesen, Zitat: «Für die Beantragung der Konzession muss ein Pumpversuch durchgeführt werden, welcher eine Extrapolation auf die Konzessionsmenge erlaubt.»

Weiter folgert EVU auf S. 27: «Das Erweiterungsprojekt besteht mit der Grundwasserzentrale durch eine spannende technische Lösung. Wärme wird unterirdisch nahezu emissionsfrei aus Tiefengrundwasser gewonnen und mittels Grosswärmepumpen auf Heiztemperatur erwärmt. Die technische Machbarkeit wurde sorgfältig abgeklärt, offen ist einzig noch eine Probebohrung für die volle Konzessionsmenge.»

In Klartext bedeutet dies, dass noch gar nicht geprüft wurde und es damit nicht klar ist, ob die geplante Wärmemenge überhaupt nachhaltig entnommen werden kann.

Bevor weitere kostspielige Massnahmen getroffen werden scheint es deshalb unumgänglich, die Belastbarkeit der vermuteten Wärmequelle zuverlässig abzuklären.

19. Mai 2026

U. Grütter, Th. Balmer, R. Soder, J. Reich, R. Weibel, Ch. Siebenrock, R. Lauper, A. Bless, A. Althaus, B. Legler, L. Held, A. Müller Kearns, G. Kaczala, M. Koelbing, M. Sager, Ch. Lucas, F. Kearns, G. Grossen (18)

Einfache Anfrage Bless (FDP.Die Liberalen): «Situation beim Bahnhöfli Muri / Tramhaltestelle nach der Neugestaltung»

Im Rahmen der Renovation des Gemeindehauses sowie der Neugestaltung des Bereichs rund um das Bahnhöfli Muri (Tramhaltestelle) wurden im vergangenen Jahr verschiedene bauliche Anpassungen vorgenommen. In der Bevölkerung führen gewisse Aspekte der neuen Gestaltung der Tramhaltestelle jedoch zunehmend zu Unmut.

Einerseits wird bemängelt, dass das neue Dach bei der Haltestelle relativ hoch und zu wenig breit konzipiert wurde. Insbesondere bei Wind und schlechtem Wetter bietet es den wartenden Personen entsprechend nur ungenügenden Schutz vor Schnee oder Regen. Zudem bestehen unter dem Dach nur sehr wenige Sitzmöglichkeiten.

Andererseits sorgt der neu installierte zweistöckige Veloständer für Schwierigkeiten im täglichen Gebrauch. Die oberen Abstellplätze werden offensichtlich kaum genutzt, da sich die Konstruktion nur schwer bedienen lässt. Stattdessen werden Fahrräder häufig neben den Veloständern abgestellt, was zu Unordnung und Behinderungen führt. Zusätzlich besteht beim Abstellen der Fahrräder auf den unteren Plätzen das Risiko, sich an den oberen Konstruktionselementen den Kopf anzuschlagen.

Vor diesem Hintergrund wird der Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat die aktuelle Situation bei der Tramhaltestelle hinsichtlich Wetterschutz, Aufenthaltsqualität und Veloinfrastruktur?
2. Ist sich der Gemeinderat der geschilderte Problematik rund um das Haltestellendach sowie die zweistöckigen Veloständer bewusst?
3. Ist der Gemeinderat bereit, gemeinsam mit der Bauherrschaft beziehungsweise den zuständigen Stellen mögliche Verbesserungen zu prüfen, insbesondere hinsichtlich:
 - eines besseren Wetterschutzes,
 - zusätzlicher Sitzgelegenheiten,
 - sowie insbesondere einer benutzerfreundlicheren Lösung für die Veloabstellplätze?
4. Sieht der Gemeinderat Möglichkeiten, notwendige Anpassungen oder Verbesserungen im Rahmen allfälliger Garantieansprüche kostenneutral umzusetzen?

Muri bei Bern, 19. Mai 2026

A. Bless

B. Legler, L. Held, A. Müller Kearns, J. Reich, R. Lauper, U. Grütter, Th. Balmer, R. Soder, M. Koelbing, S. Perler, V. Legler, A. Zaccaria, N. Zurlinden, M. Zwahlen, M. Sager, S. Anliker, F. Kearns, H. Beck, S. Fankhauser, C. Engel, J. Schenk, G. Grossen (23)